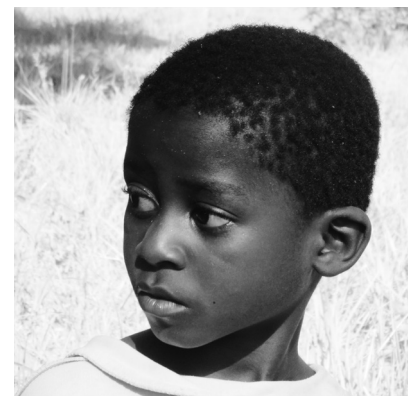
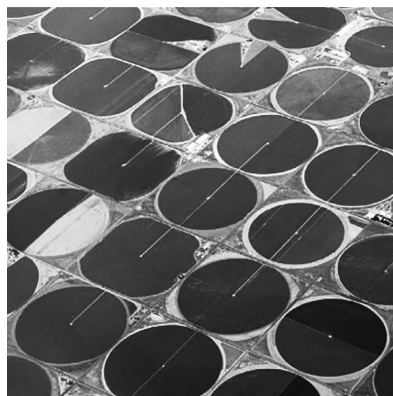


**Agribusiness-Expansion, Land Grabbing  
und die Rolle europäischer privater und  
öffentlicher Gelder in Sambia**  
Eine Bewertung basierend auf dem Recht auf Nahrung





## Impressum

Herausgeber:  
FIAN Deutschland e.V.  
Briedeler Straße 13  
D-50969 Köln  
fian@fian.de  
www.fian.de

Für:

# HANDS OFF THE LAND

TAKE ACTION AGAINST LAND GRABBING



**IGO**  
Instytut Globalnej  
Odpowiedzialności



Autor: Roman Herre

Übersetzung aus dem Englischen: Richard van Ess

Gestaltung: Ricardo Santos

Druck: BASIS-DRUCK GmbH

Diese Studie ist mit Hilfe zweier Hintergrundberichte von Profundo und Philipp Salzmann entstanden.  
Ein besonderer Dank gilt Ute Hausmann für Durchsicht und Diskussion.

ISBN: 978-3-943662-10-8

Köln, Dezember 2013



Mit finanzieller Unterstützung durch die EU.  
Der Herausgeber ist für den Inhalt alleine verantwortlich.

# Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
<b>1. Einleitung: Land Grabbing und Finanzkapital</b>	<b>4</b>
<b>2. Sambia: Rahmengebende Informationen</b>	<b>6</b>
2.1. Das Menschenrecht auf Nahrung: der rechtliche Rahmen für Sambia und europäische Staaten	6
2.2. Armut, Wachstum und Hunger in Sambia	6
2.3. Land in Sambia	7
2.4. Die Expansion des Agribusiness in Sambia	8
<b>3. Das Menschenrecht auf Nahrung und das globale Ernährungssystem</b>	<b>9</b>
<b>4. Finanzinvestitionen und die Expansion des Agribusiness: Das Beispiel europäischen Kapitals in Sambia</b>	<b>11</b>
4.1. Private Finanzinvestoren	11
4.1.1. AmatheonAgri	11
4.1.2. DWSGALO	12
4.1.3. Ferrostaal	13
4.1.4. Weitere private Finanzinvestoren	13
4.2. Öffentliche und institutionelle Finanzierungen	14
4.2.1 Chayton Africa	14
4.2.2 Zambeef	16
4.2.3 Weitere Beteiligungen durch öffentliche und institutionelle Gelder	18
<b>5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen</b>	<b>18</b>
5.1. Profitieren die Armen von einer durch Finanzinvestoren getriebenen Agrarentwicklung?	19
5.1.1 Macht die Beteiligung öffentlicher Gelder den Unterschied?	20
5.2 Die Rechercheergebnisse aus Perspektive des Rechts auf Nahrung	20
5.2.1 Zugang zu Land: Verstärkter Druck auf Agrarland als wachsendes und strukturelles Problem	20
5.2.2 Verfügbarkeit von „agro-evolutionärer“ Nahrung für ländliche Armutsgruppen	21
5.2.3 Wirtschaftlicher Zugang zu Nahrung durch Lohnarbeit?	21
<b>6. Empfehlungen basierend auf dem Menschenrecht auf Nahrung</b>	<b>22</b>



Weniger Aufmerksamkeit wird den damit einhergehenden umfassenden strukturellen Veränderungen zuteil, bei denen die lokale Bevölkerung, insbesondere die aktuellen Landnutzer, keine oder höchstens eine untergeordnete Rolle spielt. Die Pläne der Weltbank untermauern dies deutlich. In ihrer Publikation zu Land Grabbing aus dem Jahr 2011<sup>6</sup> schlägt die Weltbank beispielsweise vor, den agrarindustriellen Maisanbau auf weltweit 148 Millionen Hektar Land mit geringer Bevölkerungsdichte auszuweiten. Sie rechnen dabei mit der Schaffung von 10 Arbeitsplätzen pro 1.000 Hektar, was weltweit 1,48 Millionen Arbeitsplätze bedeuten würde.<sup>7</sup> Folgt man ihren eigenen Zahlen, bestreiten jedoch ungefähr 11,7 Millionen Menschen – fast zehnmal so viele – ihren Lebensunterhalt auf diesen dünn besiedelten 148 Millionen Hektar. Für diese Menschen hätte eine solche massive Umstrukturierung sehr negative Folgen. Für Sambia allein identifiziert die Weltbank 13 Millionen Hektar Land für den Ausbau des Maisanbaus.<sup>8</sup>

Neben einer beschleunigten Konzentration von Land in den Händen weniger Akteure ist die verstärkte Finanzialisierung des globalen Nahrungsmittelsektors ein weiteres Strukturmerkmal dieser Entwicklung (siehe Box). In der Vergangenheit hielt sich die Mehrzahl der Agribusinesskonzerne und Finanzinvestoren aus der Agrarproduktion selbst heraus. Ein starker Konzentrationsprozess fand bis dato im vor- und nachgelagerten Bereich der Wertschöpfungskette statt: auf den Input-Märkten (Saatgut, Düngemittel und Agrarchemie), beim Handel, der Weiterverarbeitung und dem Einzelhandel.<sup>9</sup> Der Anbau selbst wurde weitestgehend ignoriert. Daher wird Ackerland von der Finanzwelt jetzt als einer der letzten Bereiche angesehen, die für sie im wahrsten Sinne des Wortes Neuland sind.

Der umfassende Einstieg von Finanzakteuren in die landwirtschaftliche Produktion ist daher neu und bringt konkrete Veränderungen mit sich. Eine dieser Veränderungen ist, dass die Distanz zwischen dem Akteur (Finanzinvestor) und den konkreten Folgen einer Investition in einer Weise wächst, „die den politischen Kontext für den Widerstand gegen Finanzialisierungen zu einer besonderen Herausforderung macht“<sup>10</sup>. Clapp (2013) fasst zusammen, dass diese Distanz dazu neigt, „die Rolle zu verschleiern, die Finanzakteure im Nahrungsmittelsektor spielen, was es schwierig macht, sie mit den sozialen und ökologischen Konsequenzen von Investitionsaktivitäten vor Ort zu verknüpfen.“<sup>11</sup> Bezogen auf die Menschenrechte sind dadurch Fragen von Verantwortlichkeit und Staatenpflichten gegenüber problematischen Auswirkungen auf das Ernährungssystem schwieriger identifizierbar, also etwa „Wer ist der Verantwortliche für eine spezifische Zwangsvertreibung, Menschenrechtsverletzung...?“

Folgerichtig fordern Wissenschaftler weitere Untersuchungen zu den Fragen „wo und wie [Finanzakteure] investieren, über welche Mittelsmänner, sowie welche Arten von Landnutzung und sozialen Beziehungen durch diesen Zustrom von globalem Kapital geschaffen werden“<sup>12</sup>? Diese Studie versucht, einige dieser Fragen näher zu beleuchten und dazu beizutragen, die angesprochene Distanz wieder zu verkürzen (und mit ihr eine bessere Identifikation von Verantwortlichkeit zu ermöglichen), indem sie den Fall Sambia mitsamt seiner Verknüpfung mit daran beteiligten europäischen Finanzen betrachtet.<sup>13</sup>

Diese Studie befasst sich nicht mit der Finanzialisierung im Kontext von Agrarrohstoffen, die gemeinhin als Nahrungsmittelspekulation bezeichnet wird. Sie befasst sich mit der Finanzialisierung der landwirtschaftlichen Produktion selbst, die sich oft in Form von Land Grabbing manifestiert. Der Fokus auf die Finanzierung trägt auch dazu bei, eine weitere relevante Größenordnung zu integrieren. Abgesehen von dem starken Fokus der allgemeinen Debatte auf die Größe der von dieser Entwicklung betroffenen Landflächen ist auch das Volumen des beteiligten Kapitals ein weiterer bedeutender Aspekt.<sup>14</sup>

### Finanzialisierung der Landwirtschaft und des Ernährungssystems

Nach Epstein kann Finanzialisierung definiert werden als „die zunehmende Bedeutung von Finanzmärkten, finanziellen Beweggründen, Finanzinstitutionen und Finanzeliten in ökonomischen Prozessen und ihrer lenkenden Institutionen, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene“.

(Epstein (2005) Introduction: financialization and the world economy)

### Kommodifizierung von Land

Dies bezieht sich auf die einseitige und dominante Übertragung von ökonomischem Wert auf die Ressource Land. Dadurch werden gleichzeitig soziale, kulturelle, ökologische, historische oder territoriale Werte und Aspekte von Land beschnitten oder gänzlich ausgeblendet.

6. World Bank (2011) Rising global interest in farmland, S. 39, 172, 173

7. Dazu sollte die schlechte Qualität solcher saisonaler und prekärer Arbeitsplätze bedacht werden, wie im Verlauf dieser Studie noch deutlich wird.

8. World Bank (2011) Rising global interest in farmland, S.84

9. Für einen Überblick über diesen Konzentrationsprozess vgl.: Forum Umwelt & Entwicklung, Erklärung von Bern (2012) Agropoly. Zugänglich unter: [http://www.forumue.de/uploads/media/EvB\\_Agropoly\\_D\\_1-12\\_v02.pdf](http://www.forumue.de/uploads/media/EvB_Agropoly_D_1-12_v02.pdf)

10. Clapp (2013) Financialization, Distance and Global Food Politics, S.2

11. Ibid. S.2

12. Hall (2012) The next Great Track? South African commercial farmers move north, S.839

13. Sambia wurde auf Grund anfänglicher Forschungsergebnisse ausgewählt, die die herausragende Rolle von deutschen und europäischen Akteuren beleuchten.

14. Vgl.: Borras u.a. (2012) Land Grabbing in Latin America and the Caribbean, S.850

## 2. Sambia: Rahmgebende Information

### 2.1 Das Menschenrecht auf Nahrung: der rechtliche Rahmen für Sambia und europäische Staaten

Sambia ist Vertragsstaat des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR). Das Recht auf angemessene Ernährung ist in dessen Artikel 11 festgehalten und hat rechtsverbindlichen Charakter. Der Allgemeine Kommentar Nr. 12 des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) ist die offizielle Interpretation des Rechts auf Nahrung. Dieser spezifiziert die Staatenpflichten, das Recht auf Nahrung zu **respektieren**, zu **schützen** und zu **gewährleisten**. Das bedeutet, dass Staaten Rechenschaft ablegen müssen,

- (a) für jede Maßnahme, die den Genuss des Rechts auf Nahrung behindert oder untergräbt (Respektspflicht);
- (b) wie sie wirksam verhindern, dass Dritte (Individuen, Gruppen, Konzerne, Finanzakteure oder andere Instanzen) den Genuss des Rechts auf Nahrung beeinträchtigen (Schutzpflicht);
- (c) und welche Maßnahmen sie ergreifen, um die Durchsetzung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung schrittweise zu verbessern (Gewährleistungspflicht).

Auf der regionalen Ebene ist Sambia zudem Vertragsstaat der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker.

Alle Mitgliedsstaaten der EU, wie auch Norwegen und die Schweiz, sind gleichfalls Vertragsstaaten des ICESCR. Die Menschenrechtspflichten der Staaten haben auch eine extraterritoriale Dimension (sogenannte extraterritoriale Staatenpflichten, ETOs), gemäß derer sie die Pflicht haben, Maßnahmen zu ergreifen, die Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Nahrung und des Rechts auf Wasser, in anderen Ländern zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten. Die extraterritorialen Staatenpflichten sind 2011 in den *Maastrichter Prinzipien zu den Extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte*<sup>15</sup> präzisiert worden.

Extraterritoriale Pflichten umfassen demnach einerseits Verpflichtungen, die sich auf die Handlungen und Unterlassungen eines Staates innerhalb oder außerhalb seines Hoheitsgebietes beziehen, die Folgen für die Menschenrechte außerhalb dieses Hoheitsgebietes haben, und andererseits Verpflichtungen globaler Natur, die in der UN-Charta und in Menschenrechtsinstrumenten

festgelegt sind, einzeln oder gemeinsam im Rahmen internationaler Zusammenarbeit Maßnahmen zu ergreifen, um die Menschenrechte weltweit zu verwirklichen.<sup>16</sup>

ETOs umfassen auch die Verantwortung der Staaten für das Verhalten von nicht-staatlichen Akteuren, ob es sich dabei nun um Handlungen oder Unterlassungen von nicht-staatlichen Akteuren handelt, die im Auftrag oder unter der Leitung oder Kontrolle des Staates agieren, oder ob es sich um Handlungen oder Unterlassungen seitens Personen oder Instanzen handelt, die keine staatlichen Organe sind, wie etwa Konzerne oder andere Geschäftsunternehmen.<sup>17</sup>

Staaten haben die Verpflichtung, zu vermeiden, dass Schaden zugefügt wird, und müssen deshalb von Handlungen und Unterlassungen absehen, die ein konkretes Risiko erzeugen, außerhalb ihres Territoriums den Genuss der Menschenrechte zu verhindern oder zu untergraben. Staaten werden verantwortlich, wo ein solches Verhindern oder Untergaben ein vorhersehbares Ergebnis ihres Verhaltens darstellt.<sup>18</sup>

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, müssen Staaten daher mit öffentlicher Beteiligung eine vorherige Bewertung der Risiken und möglichen extraterritorialen Folgen ihrer Gesetze, Politiken und Praktiken auf den Genuss der Menschenrechte vornehmen. Die Ergebnisse dieser Bewertung müssen öffentlich zugänglich gemacht werden.<sup>19</sup>

Bezüglich nicht-staatlicher Akteure haben Staaten die Pflicht, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass jene nicht-staatlichen Akteure, die zu regulieren sie in der Lage sind, Menschenrechte außerhalb ihres Territoriums nicht aushöhlen oder behindern. Dies schließt Verwaltungs-, Gesetzgebungs-, Untersuchungs-, Rechtsprechungs- und andere Maßnahmen ein gegenüber Privatpersonen und Organisationen, aber auch transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen, die im jeweiligen Staat registriert oder beheimatet sind, dort ihren Hauptgeschäftssitz oder eine wesentliche Geschäftstätigkeit haben.<sup>20</sup>

### 2.2 Armut, Wachstum und Hunger in Sambia

Trotz einem beeindruckenden Wirtschaftswachstum von mehr als 5,7 Prozent des Bruttonationalprodukts in den letzten zehn Jahren bleibt Hunger ein zentrales Problem in Sambia. Heute leiden über 6 Millionen Menschen an Hunger verglichen mit 4,4 Millionen im Jahr 2000.<sup>21</sup> Darüber hinaus verzeichnete der Landwirtschaftssektor, in dem 85 Prozent der Menschen in Sambia tätig sind, sogar noch leicht höhere Wachstumsraten von 6,6 bis 8 Prozent in den letzten vier Jahren.<sup>22</sup> Mit einem

15. Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the area of Economic, Social and Cultural Rights, February 2012, <http://www.fian.org/resources/documents/others/maastrichtprinciples-on-extraterritorial-obligations-of-states/pdf>

16. Maastricht Principle 8

17. Maastricht Principle 12

18. Maastricht Principle 13

19. Maastricht Principle 14

20. Maastricht Principle 24 and 25

21. FAO (2013) Food Security Indicators

22. 2008-2012.World Bank (2012) Zambia economic brief 2012, p.



Gini-Koeffizienten von 0,65 ist Sambia ein Land mit wachsender und weltweit einer der stärksten Ungleichverteilung von Wohlstand.<sup>23</sup>

EU-Kommissar Andris Piebalgs fasst 2013 zusammen: „In den letzten Jahren hat Sambia enorme Fortschritte bei der Entwicklung gemacht; besonders in den Bereichen Bergbau und Landwirtschaft. Trotz des beeindruckenden Wirtschaftswachstums ist Sambia dennoch eins der Länder mit der größten Ungleichverteilung der Welt.“<sup>24</sup> Und selbst die Weltbank betont: „Sambias Wirtschaftswachstum hat zu keiner signifikanten Verringerung der Armut beigetragen.“<sup>25</sup> Dies deutet an, dass das Wachstum von Sambias Landwirtschaft auf keiner breiten Basis stattfand und an den Armen in den ländlichen Gebieten vorbeigeht oder diese gar marginalisiert.

Gleichzeitig sind die Kosten für Lebensmittelimporte in Sambia von 60 Millionen US-Dollar im Jahr 2000 auf 300 Millionen US-Dollar im Jahr 2012 in die Höhe geschossen, womit die heutigen Kosten für die Lebensmittelimporte sogar jene während der Nahrungsmittelpreiskrise im Jahr 2008 übersteigen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Lebensmittelexporte sogar noch stärker, von 68 Millionen US-Dollar auf 486 Millionen US-Dollar im Jahr 2012.<sup>26</sup> Das lässt Spielraum für weitere Untersuchungen über jene Gruppen, die die Importkosten tragen, wie auch über die Nutznießer der Exporte.

### 2.3 Land in Sambia

Wie viele andere afrikanische Nationen hat auch Sambia ein duales Landsystem aus der Kolonialzeit geerbt. Bis in die frühen 2000er Jahre hinein war fast alles Land unter traditioneller Verwaltung (94 Prozent<sup>27</sup>; sogenanntes *customary land*), wodurch lokale Gemeinschaften und die lokalen Chiefs über die Nutzung des Landes verfügten. Gleichzeitig ist alles Land formell im Staatsbesitz, mit dem Präsidenten als Treuhänder.<sup>28</sup>

Seit der Kolonialzeit wird das beste Land in ausgewiesenen, so genannten Farm Blocks durch kommerzielle Farmer bewirtschaftet.<sup>29</sup> Mit Inkrafttreten des Landgesetzes von 1995 kann zudem traditionell verwaltetes Land in staatliches Land umgewandelt werden um dann von privaten Akteuren für 99 Jahre gepachtet werden. Diese Maßnahme beinhaltete damals das Versprechen, dass so auch KleinbäuerInnen ihr Land

registrieren könnten. In der Realität zeigte sich jedoch, dass dies ein Instrument war, über das einzig große nationale und internationale Investoren Landrechte erwerben konnten (auf Grund der damit verbundenen Kosten, sowie bürokratischer, sozialer und geographischer Hürden etc.). Diese einseitige Politik-Ausrichtung zu Gunsten großer kommerzieller Farmen wird weiter verschärft durch eine Direktive aus dem Jahr 2002. Darin wird eine landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie basierend auf einem Farm Block Development Plan festgeschrieben. Pro Provinz wird so ein neuer großer Farm Block ausgeschrieben.<sup>30</sup> Diese Farm Blocks liegen entlang der wichtigsten Infrastruktur-Korridore Sambias und in den besten Anbaugebieten, von denen viele aktiv von lokalen Gemeinschaften genutzt werden.<sup>31</sup> Die Farm Blocks haben eine Größe von 65.000 bis 155.000 Hektar. Jeder Farm Block ist derart geplant, dass er mindestens einen großflächigen kommerziellen Agrarbetrieb mit 10.000 Hektar Größe einbindet („core venture“), dazu eine Anzahl weiterer kommerzieller Betriebe von 1.000 bis 5.000 Hektar Größe, sowie Betriebe mittlerer (50-900 Hektar) und geringer (20 bis 40 Hektar) Größe, wobei die beiden Letzteren laut Plan als Vertragslandwirte („out-grower arrangements“) für die Großbetriebe arbeiten sollten.<sup>32</sup>

Über all diese Mechanismen sind in den letzten Jahren riesige Landflächen an kommerzielle Großbetriebe transferiert worden. Einige Experten schätzen, dass sich heute nur noch rund 60 Prozent des Landes unter traditioneller Verwaltung befindet.<sup>33</sup>

Die Landwirtschaft bildet auf der anderen Seite die Existenzgrundlage für 85 Prozent der Bevölkerung in Sambia. Daher sind Fragen des Zugangs zu Land und Wasser Schlüsselfragen der Ernährungssicherheit in Sambia. Die ärmsten 25 Prozent aller sambischen Haushalte besitzen durchschnittlich 0,6 Hektar Land, kaum genug, um eine Familie zu ernähren oder den Lebensunterhalt zu bestreiten.<sup>34</sup> Verbesserter Zugang zu Land für KleinbäuerInnen ist daher auch ein menschenrechtlich höchst relevantes Thema in Sambia.

Dieser Kontext befindet sich in scharfem Widerspruch zu der Einschätzung der Weltbank, dass in Sambia „riesige Flächen von geeignetem nicht-bewaldeten und ungeschütztem Land brach liegen.“<sup>35</sup> Sie schätzt, dass 6 Millionen Hektar für die Expansion von Sojaanbau zur Verfügung stehen, sowie 14 Millionen Hektar für die Erweiterung des Maisanbaus.<sup>36</sup> Zudem argumentiert sie, dass nur 20 Prozent des für Landwirtschaft geeigneten Landes

23. World Bank (2013) MDG Progress Report Zambia 2013

24. European Commission (18th June 2013) Press release: EU signs new agreement to boost agriculture and promotes access to energy in Zambia

25. <http://www.worldbank.org/en/country/zambia/overview> (accessed 12.11.2013)

26. UNCTADStat. <http://unctadstat.unctad.org/ReportFolders/reportFolders.aspx> Die Klassifizierung "Food, basic" wurde angewandt. Es handelt sich um jene, die die FAO verwendet.

27. Ministry of Lands (2003) Draft Land Policy, zitiert in Jayne u.a. (2008) Access to Land and Poverty Reduction in Rural Zambia: Connecting the Policy Issues, S.33

28. Für eine detaillierte Erörterung dieses Themas vgl.: Peters (2013) Land appropriation, surplus people and a battle over visions of agrarian futures in Africa

29. KASA (2012) Land ist Leben. Landrechte in Sambia, S.12

30. Ministry of Finance and National Planning (2005) Farm Block Development Plan 2005-2007

31. Vgl.: Zambia Development Agency (2010) ZDA Nansanga Farm Block Development, S.33

32. Ministry of Agriculture and Cooperatives (2006) Report of the EIA carried out for Nansanga farm block, S.38

33. KASA (2012) Land ist Leben. Landrechte in Sambia, S.12

34. Jayne u.a. (2008) Access to Land and Poverty Reduction in Rural Zambia: Connecting the Policy Issues, S.9

35. World Bank (2011) Rising global interest in farmland, S.xxxvii

36. Ibid., S.84f

auch bestellt wird, was impliziert, dass der Rest nicht bewirtschaftet und auch nicht auf eine Weise genutzt wird, die von Bedeutung für die lokale Bevölkerung und ihren Lebensunterhalt ist.<sup>37</sup>

Experten weisen daher zu Recht darauf hin, dass ein präziser Umgang mit der Frage des 'verfügbaren' Landes vonnöten ist.<sup>38</sup> Jayne u.a. helfen dabei, diese Frage im sambischen Kontext näher zu beleuchten. Sie fassen die Diskussion um das angeblich reichlich verfügbare Land in Sambia wie folgt zusammen: „Ökonomisch entwicklungsfähiges Agrarland gibt es in Sambia jedoch nicht in großem Maße, wenn man die gegenwärtige Situation bezüglich des Zugangs zu Verkehrswegen, sowie zu Dienstleistungen und Märkten bedenkt. Tatsächlich ist Zugang zu Land bereits jetzt ein gewaltiges Problem für große Teile der ländlichen Bevölkerung in Sambia. Je nach der Ausrichtung der künftigen Flächennutzungs politik könnte der Zugang zu hochwertigem Land mit Marktpotential zunehmend aus der Reichweite vieler Kleinbauernhaushalte geraten, was es noch schwerer macht, eine landwirtschaftliche Entwicklung zu erreichen, die sich an einer kleinbäuerlichen, armutsreduzierenden Perspektive ausrichtet.“<sup>39</sup> Dies unterstreicht, dass fruchtbares Land mit Zugang zu Wasser gerade entlang der Hauptverkehrs- und Transportwege rar ist.

## 2.4 Die Expansion des Agribusiness in Sambia

Die Entwicklung des Agribusiness im südlichen Afrika muss im Rahmen des dominanten Diskurses zur dortigen landwirtschaftlichen Entwicklung betrachtet werden. Dies beinhaltet die Identifikation sogenannter landwirtschaftlicher Wachstumskorridore im südlichen Afrika basierend auf der *New Vision for Agriculture* des Weltwirtschaftsforums.<sup>40</sup> Diese 'Vision' verortet sich selbst in der einseitigen Mengen-Debatte: Die Homepage erklärt, „Um eine Weltbevölkerung von 9 Milliarden im Jahr 2050 zu ernähren, wird die Welt eine New Vision for Agriculture benötigen, – die Ernährungssicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Chancen

in der Landwirtschaft vermittelt.“<sup>41</sup> Die dort identifizierten Wachstumskorridore sind von transnationalen Agribusinesskonzernen und Finanzakteuren<sup>42</sup> als Hauptgebiete für eine agroindustrielle Expansion identifiziert<sup>43</sup>. Zwei solche Korridore sind hier von Bedeutung. Der eine ist der SAGCOT-Korridor, der vom Tiefseehafen Dar es Salaam in Tansania über das nördliche Sambia, in dem ein eigenes ‚Wachstumscluster‘ ausgemacht wurde, verläuft.<sup>44</sup> Die TAZARA-Eisenbahnlinie verbindet den Korridor mit der zentralsambischen Stadt Kapiri Mposhi. Der andere Korridor ist der Nacala-Korridor, der vom Tiefseehafen Nacala in Mosambik über Malawi (und dessen Hauptstadt Lilongwe) nach Lusaka führt. In Mosambik wird die Entwicklung des Wachstumskorridors vom vielkritisierten ProSAVANA-Projekt gefördert.<sup>45</sup>

Eine der größten Geberaktivitäten in Sambia ist das Projekt *Rehabilitation of the Great East Road*. Diese Straße (die T4) verbindet Lusaka über die Grenzstadt Chipata mit Malawi und Mosambik. Das 250-Millionen-Euro-Projekt wird vom Europäischen Entwicklungsfonds (45 Millionen Euro), von der Europäischen Investitionsbank (1 Million Euro), von der Afrikanischen Entwicklungsbank und von der Agence Française de Développement mitfinanziert. Es zielt explizit darauf ab, Sambia über den Nacala-Korridor an den Tiefseehafen Nacala in Mosambik anzuschließen.<sup>46</sup>

Es muss außerdem angemerkt werden, dass der in Sambia vorherrschende und systematischste Ansatz für Direkthilfe für KleinbäuerInnen auf dem umstrittenen Konzept der Conservation Agriculture (CA)<sup>47</sup> basiert, welches bekannt für die hohe Abhängigkeit von Agrarchemie ist.

Mit der technischen Unterstützung durch die FAO setzte die Europäische Kommission zwischen 2009 und 2011 ein 7,4 Millionen Euro teures Projekt mit dem Ziel um, „Conservation Agriculture“-Technologien zu implementieren. Die zeitgenaue Durchführung von landwirtschaftlichen Abläufen wie frühzeitiger Bepflanzung, fokussierter Anwendung von anorganischen Düngemitteln und Unkraut-Management.“<sup>48</sup> Die Europäische Kommission kündigte an, dass „2013 der Beginn eines

37. Das Verhältnis von kultiviertem Land zur gesamten geeigneten Fläche beträgt 0,3. World Bank (2011) *Rising global interest in farmland*, S.xxxviii

38. Vgl. für die Philippinen Borras, Carranza, Franco, Alano (2011) *The fundamental flawed ‚marginal lands‘ narrative*

39. Jayne u.a. (2008) *Access to Land and Poverty Reduction in Rural Zambia: Connecting the Policy Issues*, S.1f

40. Unter diesem Dach sind noch weitere Aktivitäten wichtige zusätzliche Initiativen, wie etwa die G8 New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa oder das Benchmarking Business in Agriculture.

41. <http://www.weforum.org/issues/agriculture-and-food-security> (Zugriff am 29.10.2013)

42. AGCO Corporation, Anheuser-Busch InBev, A.P. Møller-Maersk, BASF SE, Bayer CropScience AG, Bunge Limited, Cargill Incorporated, Carlsberg, CF Industries Holdings Inc., The Coca-Cola Company, Diageo Plc., DuPont, General Mills Inc., HEINEKEN, International Finance Corporation, Mondelez International, Monsanto Company, The Mosaic Company, Nestlé SA, Novozymes, OCP Group, PepsiCo Inc., Rabobank International, Royal DSM, SABMiller, Sinar Mas Agribusiness & Food, Swiss Reinsurance Company, Syngenta Crop Protection AG, Unilever, United Phosphorus Ltd, Wilmar International Limited, Wal-Mart Stores Inc. sowie Yara International ASA.

43. Für eine kritische Analyse vgl.: Econexus (2013) *African Agricultural Growth Corridor and the New Alliance for Food Security and Nutrition. Who benefits, who loses?*

44. SAGCOT (2011) *Investment blueprint*, S.32

45. Für eine kritische Analyse vgl.: Funada-Claasen (2013) *Fukushima, ProSAVANA and Ruth First*

46. European Commission u.a. (2011) *EU-Africa Infrastructure Trust. Annual Report 2011*, S.33. Eine Presseerklärung aus dem Jahr 2013 spricht von anderen Zahlen, wie etwa einer Übereinkunft über eine Unterstützung in Höhe von 118 Millionen Euro durch die EU zusätzlich zu den 25 Millionen aus dem Europäischen Entwicklungsfond. Vgl.: European Commission (18th June 2013) *Press release: EU signs new agreement to boost agriculture and promotes access to energy in Zambia*

47. Grob gesprochen fußt dieses Konzept auf drei Säulen: minimaler Störung des Bodens (auf Grund geringer oder gar keiner Bodenbearbeitung), Ungezieferkontrolle mittels agrochemischer Produkte sowie saisonalem/jährlichem Fruchtwechsel. Für einen Überblick über die Argumente vgl.: Giller u.a. (2009) *Conservation agriculture and smallholder farming: The heretics view*

48. Europaid (2012) *Fact Sheet MDG1. Agriculture. Supporting farmers to cope with rising prices of agricultural commodities in Zambia*. Es ist unklar, ob dieses Projekt Teil der 17 Millionen Euro teuren Farmer Input Support Response Initiative (FISRI) war, die von 2009 bis 2012 andauerte.



neuen 11,1 Millionen Euro Projekts zur weiteren Verbreitung der Conservation Agriculture in Sambia ansteht.“<sup>49</sup>

Norwegen scheint eine zusätzliche wichtige Rolle in diesem Zusammenhang zu spielen. Die norwegische Regierung unterstützt CA seit 16 Jahren durch die Conservation Farming Unit (CFU), einer Abteilung der sambischen National Farmers Union.<sup>50</sup> Sie gibt an, während der letzten Jahre 300.000 Bauern ausgebildet zu haben.<sup>51</sup> Dabei sollte daran erinnert werden, dass das norwegische Ministerium für Handel und Industrie 36,2 Prozent der Anteile am weltweit größten Düngemittelkonzern Yara International ASA hält.<sup>52</sup>

Ein gemeinsames handelspolitisches Programm von UNIDO und WTO, das von der norwegischen Entwicklungszusammenarbeit NORAD mit 2,7 Millionen Euro finanziert wird, zielt auf die Steigerung der sambischen Ausfuhrleistung ab, und zwar durch die Harmonisierung technischer Richtlinien, insbesondere im Landwirtschafts- und Ernährungssektor, wie aber auch auf die Vergrößerung „von Spielräumen der Handelspolitik sowie der Verhandlungskapazitäten der Regierung Sambias und auf die Einbindung des Privatsektors in Handelsverhandlungen“<sup>53</sup>, um die Integration in die globalen Märkte zu fördern.<sup>54</sup>

Mit dem Zambia Development Agency Act hat die sambische Regierung Landwirtschaft und Agribusiness als prioritären Entwicklungssektor identifiziert und dabei eine Reihe von ökonomischen Anreizen für das Agribusiness eingeführt.<sup>55</sup>

- 0% Steuern auf Gewinne für die Dauer von fünf Jahren beginnend vom ersten Jahr, an dem Gewinne erzielt werden. In den Jahren 6 bis 8 werden nur 50% der Gewinne besteuert, während in den Jahren 9 und 10 75% besteuert werden.
- 0% Steuern auf Dividenden für die Dauer von 5 Jahren vom ersten Jahr an, in dem Dividenden ausgeschüttet werden.
- Stundung der Mehrwertsteuer bei der Anschaffung von Produktionsgütern und Maschinen.
- 0% Einfuhrzölle auf Investitionsgüter und Maschinen einschließlich Lastwagen und Spezialfahrzeuge für die Dauer von fünf Jahren.
- Keine Einfuhrzölle und 0% Mehrwertsteuer auf Düngemittel und Herbizide.

49. DEVCO (2013) EU Development Cooperation with Zambia. Fact Sheet 2013

50. <http://conservationagriculture.org/> (Zugriff am 13.12.2013)

51. <http://www.norad.no/en/Countries/Africa/Zambia> (Zugriff am 13.12.2013)

52. [http://www.yara.com/investor\\_relations/share\\_information/shareholders/index.aspx](http://www.yara.com/investor_relations/share_information/shareholders/index.aspx) (Zugriff am 19.12.2013)

53. WTO (21<sup>st</sup> November 2007) Committee on Technical Barriers to Trade. Norwegian Technical Assistance, S.3

54. UNIDO (*ohne Datum*) Zambia gears up for trade, Zugriff am 15.9.2013 unter [http://www.unido.org/fileadmin/user\\_media\\_upgrade/Worldwide/Projects/factsheet\\_zambia\\_trade.pdf](http://www.unido.org/fileadmin/user_media_upgrade/Worldwide/Projects/factsheet_zambia_trade.pdf)

55. Basierend auf einem vertraulichen Regierungsdokument für den Nansanga Farm Block, der am Oakland Institute zugänglich ist: [http://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/Nansanga%20Information%20Memorandum%20-%2024%20Dec%202010\\_0.pdf](http://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/Nansanga%20Information%20Memorandum%20-%2024%20Dec%202010_0.pdf) (Zugriff am 19.12.2013)

56. OECD (2011) OECD Investment Policy Review of Zambia, vorläufige Version aus dem Jahr 2011, S.34

57. CESCR 1999 General Comment 12. The right to adequate food; E/C.12/1999/5

58. Trotzdem sind Fragen der Angemessenheit, insbesondere hinsichtlich des Nährwerts der Nahrung, im Kontext der Verschiebung der Nahrungsmittelproduktion von lokaler, abwechslungsreicher Nahrungsmittelproduktion hin zu wenigen Hauptnahrungsmitteln und der Versorgung über Supermarktketten von zentraler Bedeutung.

59. Das ist ein wenig verwirrend, aber Zugang zu Land ist in erster Linie ein Gesichtspunkt von Verfügbarkeit und nicht von Zugang aus der Sicht der Menschenrechte. Nichtsdestotrotz nimmt GC 12 auch Bezug auf Zugang zu Land als Teilaspekt des Gesichtspunkts Zugang, und zwar im Kontext von angestammtem Land indigener Bevölkerungsgruppen.

Zu guter Letzt ist erwähnenswert, dass Sambia nur zwei Investitionsschutz- und Förderverträge ratifiziert hat, einen mit Deutschland und einen mit der Schweiz.<sup>56</sup> Dies könnte ein maßgeblicher Antrieb für die Beteiligung deutscher Finanzakteure an großflächigen Landinvestitionen, auch Land Grabbing genannt, in Sambia sein.

### 3. Das Menschenrecht auf Nahrung und das globale Ernährungssystem

Das Menschenrecht auf Nahrung, festgeschrieben in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, wie auch im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, ist heutzutage ein geläufiger Bezugspunkt europäischer Entscheidungsträger und manchmal auch privater Akteure.

Um die Implikationen des Menschenrechts auf Nahrung besser verstehen zu können, muss man sich genau mit seinem normativen Gehalt auseinandersetzen. Die Allgemeine Bemerkung Nr.12 (General Comment; GC 12) liefert hier die offizielle Interpretation des Rechts auf Nahrung.<sup>57</sup> Darauf basierend bezieht sich der Kerngehalt des Rechts auf Nahrung auf die vier Aspekte Angemessenheit, Verfügbarkeit, Zugang und Nachhaltigkeit. Für den Zweck dieser Studie befassen wir uns hier in erster Linie mit Verfügbarkeit, Zugang und Nachhaltigkeit.<sup>58</sup>

**Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen** ist aus verschiedenen Perspektiven integraler Bestandteil und ein Kernelement des Rechts auf Nahrung. Zum einen hebt der GC 12 hervor, dass es ein Schlüsselement der Verfügbarkeit von Nahrung ist, „dass sich Menschen dank ertragreicher Böden und sonstiger natürlicher Ressourcen unmittelbar selbst ernähren können.“<sup>59</sup> Zweitens ist der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen die ökonomische Basis der überwiegenden Mehrheit der ländlichen Bevölkerung im globalen Süden. Sie verkaufen ihre Ernte auf den lokalen und regionalen Märkten. Die Einnahmen sind eine

zentrale Bezugsquelle für ihren „wirtschaftliche[n] Zugang“<sup>60</sup> zu Nahrung. Viele Debatten über Subsistenzlandwirtschaft ignorieren diesen Aspekt. Nahrungsmittelanbau zur Selbstversorgung ist daher nur eine Säule der Strategien zur Sicherung der Ernährung auf Haushaltsebene, wenn auch eine wichtige. Drittens ist der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen auch beinhaltet in dem Aspekt des „physische[n] Zugang[s]“ zu Nahrung. Das gilt besonders für den Fall, wenn beispielsweise das Sammeln von Früchten, Nüssen und Knollen sowie die Jagd eine Säule der Ernährungsstrategie darstellt. Tatsächlich bildet in den meisten Fällen **eine Mischform aller drei Aspekte** die Basis der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung ländlicher Gemeinschaften.

Die Möglichkeit, individuell oder auf gemeinschaftlicher Basis Land zu bestellen (sei es auf Basis von Besitzrechten oder anderer Nutzungsrechte), ist daher Teil des Kerngehaltes des Rechts auf Nahrung, der von den Staaten respektiert, geschützt und gewährleistet werden muss.

Ein Aspekt des Rechts auf Nahrung, der häufig falsch verstanden oder missinterpretiert wird, ist der Gesichtspunkt der **„Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln (...)** in ausreichender Menge und Qualität, um die individuellen Ernährungsbedürfnisse zu befriedigen.“ Wie wir später sehen werden, wird in Debatten über Land Grabbing oft mit einer allgemeinen Zunahme der Verfügbarkeit von Nahrung basierend auf einer erhöhten Produktivität argumentiert. Dieses Produktivitätsargument ist sicherlich an sich bereits äußerst umstritten.<sup>61</sup> Im GC 12 zum Recht auf Nahrung finden wir eine wichtige Voraussetzung für die Verfügbarkeit von Nahrung. Nahrungsmittel müssen an dem Ort verfügbar sein, „an dem sie [entsprechend der Nachfrage] benötigt werden.“<sup>62</sup> Daher sind die vielen Verweise auf eine gestiegene Nahrungsmittelproduktion bei weitem nicht ausreichend, um daraus positive Auswirkungen auf die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung abzuleiten. Wie wir später sehen werden, kann eine Steigerung der Verfügbarkeit, die in Verbindung mit einem hohen Landbedarf steht, auch negative Folgen auf die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung armer ländlicher und städtischer Bevölkerungsgruppen haben, wenn diese Nahrung für den Export oder für eine wohlhabende städtische Mittelschicht produziert wird.

Weltweit leben 70 bis 80 Prozent der Hungernden in ländlichen Gebieten. Aus diesem Blickwinkel muss sich die Verfügbarkeit

von Nahrung durch eine gesteigerte Verfügbarkeit für die ländliche, oft bereits geographisch marginalisierte Bevölkerung qualifizieren. Diese Fragestellungen beziehen sich dann auch auf die wachsenden Probleme der steigenden Nahrungsmittelimporte und explodierenden Importkosten für diese Nahrungsmittel bei vielen afrikanischen Ländern.

Diese menschenrechtliche Qualifizierung von Verfügbarkeit von Nahrung findet sich auch wieder in den Diskussionen zu einer lokalen Ernährungssicherung (prominent sei hier das Konzept der Ernährungssouveränität genannt). Diese Diskussionen sind gegenüber den Initiativen zur Sicherung der Welternährung, den Debatten um globale Produktionsmengen, begleitet von dem Slogan „Wie ernähren wir die Welt im Jahr 2050?“, jedoch völlig unterrepräsentiert.<sup>63</sup>

Zu guter Letzt schließt **„Nachhaltigkeit“** die Idee von langfristiger Verfügbarkeit und langfristigem Zugang ein.<sup>64</sup> Nachhaltigkeit bezieht sich daher nicht nur auf den Erhalt der natürlichen Grundlagen der Nahrungsmittelproduktion (Boden, Wasser, Saatgut...). Sie beinhaltet vielmehr auch eine stabile Versorgung mittels Verfügbarkeit und Zugang. Dieser Gesichtspunkt der Stabilität hat eine wachsende Bedeutung für das Ernährungssystem, wenn Finanzinvestoren auf Marktsignale reagieren und so bei den Absatzmärkten ihrer Produkte von nationaler Versorgung beispielsweise zu lukrativeren Märkten in der EU oder von Nahrungsmittelmärkten zu Bioplastik- oder Agrosprit-Märkten wechseln.<sup>65</sup> Wissenschaftler beobachten diesbezüglich einen wachsenden „flex crops complex“<sup>66</sup>, in dem wenige Getreidesorten wie Soja oder Mais von immer zentralerer Bedeutung werden auf Grund ihrer multiplen Anwendungsmöglichkeiten für Ernährung, Tiernahrung, Sprit und andere industrielle Sektoren.

Abgesehen davon, dass Staaten das Recht auf Nahrung im oben genannten normativen Rahmen respektieren, schützen und gewährleisten müssen, haben sie gleichzeitig **allgemeine Menschenrechtspflichten**, die sie basierend auf den Prinzipien der Nicht-Diskriminierung, der Gleichheit, des Nicht-Rückschritts, der Transparenz, der Teilhabe, der Verantwortlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit beachten müssen. Obgleich diese allgemeinen Menschenrechtspflichten für die Themen dieser Studie von Bedeutung sind, werden diese

60. CESCR 1999: „Wirtschaftlicher Zugang bedeutet, dass die mit dem Erwerb von Nahrungsmitteln für eine angemessene Ernährung verbundenen finanziellen Aufwendungen einer Person oder eines Haushalt nicht so hoch sein sollen, dass die Befriedigung anderer grundlegender Bedürfnisse gefährdet oder beeinträchtigt wird. Wirtschaftlicher Zugang betrifft jede Art des Nahrungsmittelerwerbs oder des Anspruchs, durch den Menschen Nahrungsmittel erhalten, und ist ein Maß dafür, inwieweit das Recht auf angemessene Nahrung zufriedenstellend gesichert ist.“

61. Beispielsweise geht die Theorie von Chayanov von einem reziproken Verhältnis zwischen Größe und Effizienz eines Hofes aus. Auch die Produktivitätsdebatte selbst (typischerweise vermischt mit Gesichtspunkt von 'Effizienz') ignoriert häufig die unterschiedlichen Arten von Produktivität, wie Arbeitsproduktivität, Hektarproduktivität, Energieproduktivität oder gar Kapitalproduktivität. Für kritische Analyse hinsichtlich der Produktivität kleiner und großer Betriebe vgl.: Unal (2008) *Small Is Beautiful: Evidence of an Inverse Relationship between Farm Size and Yield in Turkey*

62. CESCR 1999

63. Der Name einer FAO Studie aus dem Jahr 2009, die die Schlüsselreferenzquelle für Debatten um globale Ernährungssicherung für Entscheidungsträger und Experten für Agribusiness und Entwicklung darstellt. [http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/expert\\_paper/How\\_to\\_Feed\\_the\\_World\\_in\\_2050.pdf](http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/expert_paper/How_to_Feed_the_World_in_2050.pdf)

64. CESCR 1999

65. Vgl. zum Beispiel auch Herre (2013) *Heute Nahrung, morgen Sprit, übermorgen Plastik*, zugänglich unter: [http://www.fian.de/fileadmin/user\\_upload/bilder\\_allgemein/Themen/Hunger/13\\_FIAN\\_FlexCrops.pdf](http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/bilder_allgemein/Themen/Hunger/13_FIAN_FlexCrops.pdf)

66. Borras, Franco, Gomez, Kay, Spoor (2012) *Land grabbing in Latin America and the Caribbean*

Bezüge ausführlicher in anderen Studien behandelt, wie etwa in Fallstudien zu Mosambik und zu Kambodscha.<sup>67</sup>

## 4. Finanzinvestitionen und die Expansion des Agribusiness: Das Beispiel europäischen Kapitals in Sambia

„Zunehmende Fusion und Integration“ – so bezeichnet der Senior Manager der Standard Bank<sup>68</sup> den vorherrschenden Trend im Agribusiness Sektor in Südafrika. Wie er weiter ausführt, „resultiert dieser Prozess in der Maximierung der Aktionärsvermögen durch Prozessoptimierung und Initiativen zur Einnahmensteigerung.“<sup>69</sup>

Wie vom Investment Magazin *Africa Investor* 2011 berichtet wurde, haben 6 von 19 Anlagefonds im Bereich Agribusiness einen Schwerpunkt auf Investitionen in Sambia.<sup>70</sup> Das Gesamtkapital, das für diese 19 Fonds aufgeführt wurde, lag bei 2,4 Milliarden US-Dollar.<sup>71</sup>

In den folgenden Beispielen wird versucht, zu einem umfassenderen Bild von der Rolle und der Relevanz europäischen Kapitals im Land- und Agrarsektor in Sambia beizutragen. Dort wo Informationen verfügbar waren, wurden konkrete Menschenrechtsfragen angesprochen, und zwar Fragen bezüglich des wirtschaftlichen Zugangs zu Nahrung durch Schaffung von Arbeitsplätzen, bezüglich des Zugangs zu Land und bezüglich Verfügbarkeit von Nahrung am Ort, „an dem sie benötigt werden“. Da detaillierte Informationen aber immer noch rar sind, werden in einigen Fällen lediglich die Akteure aufgelistet. Diese Schreibtischstudie vermittelt daher lediglich einen

Überblick. Sie soll dazu ermuntern, weitere Nachforschungen zu Landkonzentration, Zugang zu Land, Arbeitsfragen und nationaler Ernährungssicherung durchzuführen.

### 4.1 Private Finanzinvestoren

#### 4.1.1 Amatheon Agri

**Amatheon Agri Holding N.V.** ist eine Investmentfirma mit Sitz in Berlin.<sup>72</sup> Der Finanzinvestor **Sapinda** hält die Aktienmehrheit bei Amatheon Agri und hat seinen Sitz im gleichen Gebäude.<sup>73</sup> Mithilfe ihrer Tochter **Amatheon Agri Zambia Ltd** verfügt die Firma zurzeit über 30.000 Hektar in dem Farm Block Big Concession im Bezirk Mumbwa<sup>74</sup>, der ca. 200 km westlich von Lusaka liegt. Dem liegen die üblichen Pachtverträge über 99 Jahre zugrunde. Nach Amatheons Plänen sollen „bis zu 60.000 Hektar des Big Concession Farm Block“<sup>75</sup> erworben und entwickelt werden. Dazu wollen sie 50 Millionen US-Dollar investieren, von denen Berichten zufolge Mitte 2012 15 Millionen aufgebraucht worden sind.<sup>76</sup> Der Schwerpunkt des Anbaus liegt auf Soja, Weizen und Gerste, mit Vieh und Holz als weiteren möglichen zukünftigen Ertragsfeldern.<sup>77</sup> Die Aktivitäten im Farm Block Big Concession werden als Erstprojekt der Firma präsentiert, die ein deutlich größeres Interesse an Land hat.<sup>78</sup> Die langfristigen Zielvorgaben bestehen in der „vertikalen Integration von urbarem Land in Sambias Wertschöpfungskette“<sup>79</sup> und darin, dieses Investmentmodell „anderswo in Afrika zu reproduzieren“<sup>80</sup>. Anfang 2013 wurde das erste Soja geerntet.

Sambias Presse griff schnell Amatheons Botschaft von der „Sicherung nachhaltiger Versorgung mit Nahrung“<sup>81</sup> auf, wie die Schlagzeile „Deutschland pumpt 257 Mrd. Kwacha in Ernährungssicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen“<sup>82</sup>. Der Vizepräsident des Landes erklärt dazu: „Das Regierungsinteresse an einem Projekt wie diesem liegt in direkter Beschäftigung und Ernährungssicherung...“<sup>83</sup>. Informationen über die tatsächlichen Effekte hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, Ernährungssicherung und Landfragen sind jedoch rar. Amatheons

67. [http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/bittersweet\\_harvest\\_web\\_version.pdf](http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/bittersweet_harvest_web_version.pdf) and [http://www.fian.org/fileadmin/media/publications/PR\\_-\\_2012.10.16\\_-\\_Tree\\_plantations\\_Niassa\\_Mozambique.pdf](http://www.fian.org/fileadmin/media/publications/PR_-_2012.10.16_-_Tree_plantations_Niassa_Mozambique.pdf)

68. Standard Bank ist, wie gemeldet wird, Hauptfinanzier von *AgriSA Africa*, einem Finanzierungsinstrument von und für Expansionsaktivitäten der südafrikanischer kommerziellen Bauern in andere afrikanische Länder hinein. Vgl.: Hall (2012) *The next Great Trek? South African commercial farmers move north*, S.837

69. See: <http://bizconnect.standardbank.co.za/sector-news/agriculturearticles/sa-agribusiness-landscape-ripe-for-consolidation.aspx>

70. Barak Fund Management, Chayton Capital, Root Capital, ZEAF, Silverlands Fund and VEI. Vgl.: *Africa investor* (Jan-Feb 2011) *Harvesting promise*

71. Ibid.

72. <http://www.amatheon-agri.com/home.html>

73. Press-News.org (14 März 2012) <http://press-news.org/53471-new-advisory-board-to-advise-management-at-sapinda-holding-b-v.html>

74. Die Information Centre Africa ist eine offizielle Website der deutschen Regierung. Sie hob die Tätigkeiten von Amatheon am 6. Juni 2013 hervor: [http://www.gicafrika.diplo.de/Vertretung/suedafrika-dz/en/\\_\\_\\_pr/2013/06/06-Amatheon-Ag-Zambia.html](http://www.gicafrika.diplo.de/Vertretung/suedafrika-dz/en/___pr/2013/06/06-Amatheon-Ag-Zambia.html)

75. Environmental Impact Statement, zitiert in *Zambia Daily Mail* (6<sup>th</sup> September 2013) *Mumbwa to have farming block*

76. Kruchem (2013) *Land and Water*, S.85

77. *Times of Zambia* (29th November 2012) *German firm to invest K257 in Mumbwa farming*

78. *Deutsche Welle* (26th April 2013) *Investors see great potential in buried soils in Africa*

79. Abstract einer Präsentation von Carl-Heinrich Bruhn, Amatheons Chief Executive Officer, die dieser am 18. März 2013 am Potsdamer Institut für Klimaforschung vorgestellt hat.

80. Amatheon Agri Zambia Ltd. Film, unter: <http://www.amatheon-agri.com/media/videos/amatheon-agri-zambia-ltd.html> (Zugriff am 27.11.2013)

81. Amatheon Agri Info Spot, unter: <http://www.amatheon-agri.com/media/videos/amatheon-agri-info-spot.html> (Zugriff am 27.11.2013)

82. *Zambia Daily Mail* (30. November 2012) *Germany pumps K257bn into food production, food security*

83. Ibid.

Werbevideo betont die Schaffung von Arbeitsplätzen<sup>84</sup> und die Umweltverträglichkeitsprüfung verspricht 1000 Arbeitsplätze.<sup>85</sup> Andererseits wird auf ihrer Website von „mehr als 100 Festangestellten“ gesprochen.<sup>87</sup> Erklärungen wie jene des General Manager Rob Boucher, „hier ist alles computerisiert“<sup>88</sup>, verweisen auf das generelle Dilemma großflächiger industrieller Landwirtschaft. Sie hat vorsichtig gesprochen ein äußerst geringes Potential Arbeitsplätze zu schaffen.<sup>89</sup>

Hinsichtlich möglicher Landkonflikte wurde in der Presse unter Bezugnahme auf die kürzlich eingereichte Zusammenfassung der Umweltverträglichkeitsprüfung angeführt, dass „das Projekt ungefähr 39 Haushalte umsiedeln wird, und auch Felder betroffen sein werden.“<sup>90</sup> Auch Amatheons Videospot zeigt Menschen, die auf Grund der Aktivitäten der Firma umgesiedelt worden sind.<sup>91</sup> Der Pressebericht bezieht sich zudem auf den Resettlement Action Plan, welcher auf weitaus größere Auswirkungen hindeutet. Von der „Firma wird erwartet, dass sie im Jahr 2013 140 Wohneinheiten, im Jahr 2014 150 Einheiten und 2016 gar 160 Einheiten für die betroffenen Menschen errichten wird.“<sup>92</sup>

Hinsichtlich der nationalen Ernährungssicherung ist es wichtig, die dahinterstehende Logik der Finanzinvestoren zu verstehen. Der anvisierte Absatzmarkt der Produkte ist der gesamte afrikanische Markt, genauer „die neue Mittelklasse, die sich das leisten kann.“<sup>93</sup>

Berichten zu Folge wurde die GIZ von Amatheon eingeladen, KleinbäuerInnen auszubilden, die dann als Vertragslandwirte Soja für Amatheon anbauen sollen.<sup>94</sup>

#### 4.1.2 DWSGALO

Im Jahr 2010 berichtete FIAN über einen Agrarland-Fonds der DWS, der Fondsmanager-Gesellschaft der Deutsche Bank Gruppe. Deren Private Equity Fund mit Namen DWSGALO (oder DWS GALOF, Global Agricultural Land and Opportunities Fund) wurde 2007 gegründet, ist auf den Cayman Islands eingetragen

und wird verwaltet von der in Singapur ansässigen Duxton Asset Management. Der Fonds verspricht seinen Investoren 18 Prozent Rendite. Bis 2010 hatte der Fonds 104.000 Hektar Land erworben, hauptsächlich in drei afrikanischen Staaten, aber auch in Argentinien und Australien. Er verfügte über ein Anlagevermögen von 110 Millionen Euro.<sup>95</sup>

In Sambia erwarb er im Jahr 2008 ungefähr 27.000 Hektar Land in den Distrikten Choma und Kalomo in der Southern Province; dies höchstwahrscheinlich mit Hilfe von African Crops Limited (ACL)<sup>96</sup>. ACL ist in Sambia seit 2007 eingetragen, gleichzeitig auch unter derselben Adresse wie DWSGALO auf den Cayman Inseln zu finden.<sup>97</sup> Insgesamt wurden 10 verschiedene Flächen erworben, auf denen hauptsächlich Tabak, aber auch Weizen, Soja und Mais angebaut wird.<sup>98</sup> Zumindest das Land, das im Choma Distrikt erworben wurde, ist als Privatland deklariert. Die Grundstückskäufe sind Teil der Investorenstrategie, durch Zusammenlegung mehrerer Flächen im Jahr 2014 eine konsolidierte Großfarm zu veräußern.<sup>99</sup>

Die lokale Bevölkerung hat Bedenken geäußert, dass KleinbäuerInnen mit der Wiedereröffnung der kommerziellen Farmen ihren Zugang zu den Weidegebieten verlieren könnten, auf denen sie bis dato ihr Vieh haben grasen lassen.<sup>100</sup> Aktuell scheinen einige Gruppen besseren Zugang zu Wasser zu haben auf Grund des dortigen Damms. Dieser Zugang ist jedoch rechtlich nicht abgesichert, was zu künftigen Problemen führen kann. Auch diese Frage muss im Kontext der Zusammenlegung großer Flächen unter dem Dach eines einzigen Besitzers betrachtet werden, was lokal eine hohe Abhängigkeit von einem einzigen Akteur schafft.

Diese Farmen schaffen für die lokale Bevölkerung insbesondere Gelegenheitsjobs und damit prekäre Arbeitsverhältnisse. „Die Bezahlung war niedrig, wie berichtet wurde, (beginnend bei 3.500 ZMK pro Tag, mit der Zeit anwachsend auf 12.000 ZMK pro Tag), während Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt, aber deren Nutzung nicht kontrolliert wurde.“<sup>101</sup>

84. Amatheon Agri Info Spot, unter: <http://www.amatheon-agri.com/media/videos/amatheon-agri-info-spot.html> (Zugriff am 27.11.2013)

85. Das würde einen Arbeitsplatz pro 60 Hektar ergeben, wobei der durchschnittliche Landbesitz in der Central Provinz 3,23 Hektar pro Haushalt beträgt. Das Verhältnis zwischen Landgröße und Arbeitsplatz würde damit 50mal geringer sein, selbst wenn alle versprochenen Arbeitsplätze geschaffen würden. Vgl.: Jayne u.a. (2008) Access to Land and Poverty Reduction in Rural Zambia: Connecting the Policy Issues, S.9

86. Environmental Impact Statement, zitiert in Zambia Daily Mail (6. September 2013) Mumbwa to have farming block

87. <http://www.amatheon-agri.com/company/management.html> (Zugriff am 27.11.2013). Andere Quellen verweisen auf 180 dauerhaft Angestellte und 140 saisonale Arbeitsplätze im September 2012. Vgl.: Kruchem (2013) Land and Water, S.84

88. Amatheon Agri Zambia Ltd. Film, at: <http://www.amatheon-agri.com/media/videos/amatheon-agri-zambia-ltd.html> (accessed 27.11.2013)

89. Eine kritische Diskussion zu Arbeitsplatz-Effekten bietet: Li (2011) Centering labor in the land grab debates (zugänglich unter: <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/03066150.2011.559009>). Für die globalen Schätzungen der Weltbank zu den Arbeitsplatz-Effekten vgl.: World Bank (2011) Rising Global Interest in Farm Land.

90. Zambia Daily Mail (6. September 2013) Mumbwa to have farming block

91. Amatheon Agri Zambia Ltd. Film, unter: <http://www.amatheon-agri.com/media/videos/amatheon-agri-zambia-ltd.html> (Zugriff am 27.11.2013)

92. Zambia Daily Mail (6. September 2013) Mumbwa to have farming block

93. Spiegel (19. August 2013) Verehrte Verlierer

94. Kruchem (2013) Land and Water, S.84

95. FIAN (2010) German investment funds involved in land grabbing, S.12

96. ACL ist Eigentum der Hawkwood Capital LLP, mit Sitz in London

97. Chu (2012) Investigation into German involvement in land grabbing in Zambia. Case study of the DWS investments in Zambia, S.4, 19

98. Ibid., S.8

99. FIAN (2010) German investment funds involved in land grabbing, S.12

100. Chu (2012) Investigation into German involvement in land grabbing in Zambia. Case study of the DWS investments in Zambia, S.9

101. Ibid. S.9. 3.500 ZMK belaufen sich auf rund einen halben Euro. Der ZMK wurde 2013 durch das ZMW ersetzt.

### 4.1.3 Ferrostaal

Der angeblich größte Land-Deal eines deutschen Unternehmens fand in der Muchinga Province statt, dort vor allem im Distrikt Mpika (bis 2011 war Mpika Teil der Northern Province). Die Presse berichtete 2009 erstmal von einem Memorandum of Understanding (MoU) zwischen **MAN Ferrostaal**<sup>102</sup> und der Regierung Sambias. Ein Bericht führt aus, dass Ferrostaal insgesamt 191.103 Hektar Land angeboten wurde, welches als 'Land, dass zur Entwicklung der Infrastruktur zurückgehalten wird' betitelt war.<sup>103</sup> Eine andere Quelle berichtet von 150.000 Hektar, die in jenem MoU ausgewiesen seien.<sup>104</sup>

Ferrostaal wurde 1910 in den Niederlanden gegründet. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt im traditionellen Energiesektor, wobei in jüngerer Zeit eine Erweiterung des Geschäfts um den Bereich erneuerbarer Energien angedacht war. Die Firma hat ihren Sitz in Essen. Nach einigen Verkäufen ist sie nun im Besitz der MPC Industries GmbH, einem Unternehmen, das mit dem Zweck gegründet wurde, Ferrostaal zu erwerben. Der Hauptaktionär ist die deutsche Familie Schroeder und ein „wesentliche[r] Minderheitsanteil“ wird von einer unbekanntem Investmentfirma mit Sitz in Abu Dhabi gehalten.<sup>105</sup>

Zusammen mit seinem südafrikanischen Partner *Deulco Renewable Energy* hatte das Unternehmen vor, ein größeres Agrartreibstoff-Projekt basierend auf dem großflächigen Anbau von *Jatropha* aufzubauen. Das Projekt sollte laut Plan 2011 mit einem Projekthorizont von 5 Jahren gestartet werden. Einem Brief an die deutsche NGO KASA zufolge zog sich Ferrostaal 2010 von dem Projekt auf Grund „allgemeiner Strategieentscheidungen“<sup>106</sup> zurück. Obwohl anfänglich nur 7,5 Hektar von Ferrostaal und Deulco bepflanzt wurden, „gab es Umsiedelungen und negative Auswirkungen auf eine Bevölkerung, die ohnedies bereits verwundbar ist.“<sup>107</sup>

Zusätzlich dazu könnte sich auch die Umwandlung riesiger Landflächen von traditionell verwaltetem Land in Staatsland als höchst problematisch herausstellen, die als Erbe des MAN Ferrostaal Deals bestehen bleibt. Tatsächlich berichtete KASA, dass die lokale Bevölkerung derzeit über Zampalm<sup>108</sup> redet, eine jüngst gegründeten Tochterfirma des sambischen Agribusiness-Riesen Zambeef (siehe Kapitel 4.2.2), die sich auf Palmölplantagen spezialisiert. Dieser Konzern scheint nun in

der Region tätig zu werden. Ob sich diese Aktivitäten mit den für Ferrostaal ausgewiesenen Fläche überschneiden, ist unklar.

### 4.1.4 Weitere private Finanzinvestoren

Die **EmVest Group** ist ein Agrar-Investmentunternehmen für institutionelle Anleger, das in Sub-Sahara-Afrika tätig ist. Es handelt sich dabei um eine Übernahme aus der Emergent Asset Management, die den African Land Fund (ALF) mit einschließt.<sup>109</sup> Eines der fünf Ziele von EmVest besteht darin, „ein Praktiker der vertikalen Integration zu sein, mit dem Zweck Kapitalerträge zu erhöhen und Risiken breiter zu fächern“<sup>110</sup>. Das Unternehmen hat eine Geschäftsadresse in London. TLG Capital wie auch die in London ansässigen Investmentunternehmen Exotix Partners LLP, spezialisiert auf Frontier-Märkte, und Truestone Impact Investment Management haben in EmVest investiert.<sup>111</sup> Der US-amerikanische institutionelle Investor Vanderbilt University hat angeblich Schritte unternommen, sein Kapital aus EmVest zurück zu ziehen, nachdem er begleitet von Protesten der Studenten beschuldigt wurde, sich am Land Grabbing zu beteiligen.<sup>112</sup> Unter dem Dach der Tochter **EmVest Livingstone** hat das Unternehmen das 2.513 Hektar große Kalongo Estate erworben.<sup>113</sup>

Die **Bonafarm Group** ist ein ungarisches Agribusiness-Unternehmen im Besitz des Lebensmittelindustriemagnaten Sándor Csányi. Es hat Berichten zufolge Ende 2011 die Ausschreibung für die 10.000 Hektar große Kernplantage im Nasanga Farm Block gewonnen.<sup>114</sup> Es konnten jedoch keine weiteren Informationen dazu gefunden werden. Der Nasanga Farm Block ist ein 155.000 Hektar großer Farm Block im Serenje District in der Central Province und ist an die TAZARA Eisenbahnstrecke angeschlossen.

Die **Zambia Sugar Plc** besitzt eine 17.000 Hektar große Zuckerrohrplantage (bekannt als Nakambala Farm) in Mazabuka in der Southern Province. In den sechziger Jahren startete Tate & Lyle das dortigen Zuckerrohr-Geschäft, welches später unter Beteiligung der Regierung in Zambia Sugar Company Ltd (ZSC) umgewandelt wurde. Über die Industrial Development Corporation hielt die sambische Regierung 1984 81 Prozent der Anteile von ZSC. ZSC wurde im Zuge der Privatisierung 1995/6 in Zambia Sugar umgewandelt. Heute hält Illovo Group Holdings Ltd 81,6 Prozent der Anteile von Zambia Sugar. Illovo Group Holdings Ltd

102. Bis November 2009 hieß der Konzern MAN Ferrostaal, seitdem Ferrostaal AG. Vgl.: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ferrostaal>

103. Chu (2012) Investigation into German involvement in land grabbing in Zambia. Case study of the Ferrostaal investment, S.7

104. <http://www.jatrofuels.com/227-0>

105. Hamburger Abendblatt (29. November 2011) Hamburger Familie Kauft Essener Ferrostaal

106. Brief von Ferrostaal an KASA (20. Mai 2012), zitiert aus KASA (2012) Land ist Leben, p.22

107. Chu (2012) Investigation into German involvement in land grabbing in Zambia. Case study of the Ferrostaal investment in Zambia, S.14

108. KASA (2012) Land ist Leben

109. <http://www.privateequityafrica.com/uncategorized/tlg-buys-into-emvest/> (Zugriff am 19. November 2013)

110. <http://www.emvest.com/index.html> (Zugriff am 19. November 2013)

111. <http://www.privateequityafrica.com/uncategorized/tlg-buys-into-emvest/> und <http://www.privateequityafrica.com/sectors-2/agriculture/emvest-gets-funds-from-truestone/> (Zugriff in beiden Fällen am 19. November 2013)

112. Oakland Institute (13. Februar 2013) Vanderbilt University Divests from „Land Grab“ in Africa. Press release, vgl.: <http://www.oaklandinstitute.org/vanderbilt-university-divests-land-grab-africa> (Zugriff am 17. November 2013)

113. [http://www.emvest.com/Emvest\\_Livingstone.html](http://www.emvest.com/Emvest_Livingstone.html) (Zugriff am 19. November 2013)

114. [http://www.bj.hu/business/bonafarm-eyes-farms-in-zambia---paper\\_60508](http://www.bj.hu/business/bonafarm-eyes-farms-in-zambia---paper_60508) und <http://www.lusakatimes.com/2012/01/08/zda-conclude-negotiations-winner-tender-develop-nansanga-farm-block/> (Zugriff in beiden Fällen am 14. November 2013)



ist ein Tochterunternehmen des südafrikanischen Zuckerkonzerns Illovo Sugar Ltd, der Zuckerrohrplantagen in Sambia, Malawi, Südafrika, Tansania, Swasiland und Mosambik betreibt. Illovo wiederum ist eine Tochter der in London ansässigen **Associated British Foods Plc**, die 51,5 Prozent der ausgegebenen Anteile hält.<sup>115</sup> Ein Bericht der NGO Action Aid zeigt beispielhaft die internationalen Finanzflüsse eines solchen Firmenkonglomerats auf. Der Bericht zeigt, dass substantielle Zahlungen von Zambia Sugar an Tochterunternehmen oder Mutterunternehmen von Illovo fließen, inklusive eines Geldflusses im Gegenwert von 21 Prozent der Gewinne von Zambia Sugar zwischen 2007 und 2011 an Firmen in Irland und Mauritius.<sup>116</sup>

**Dar Farms International Limited** ist ein Unternehmen, das angeblich im Besitz von griechischen Geschäftsleuten ist. Dar Farms scheint zwischen 60.000 und 76.000 Hektar Land im Mpongwe District in der Copperbelt Province über acht Farmen zu verwalten, auf denen hauptsächlich Viehzucht betrieben wird.<sup>117</sup>

## 4.2 Öffentliche und institutionelle Finanzierungen

### 4.2.1 Chayton Africa

**Chobe Agrivision Company Ltd** ist ein kommerzielles Agrar-Unternehmen in Sambia, welches der Investmentfirma **Chayton Africa** (formell Chayton Atlas Investments) mit Firmensitz in Mauritius gehört. 2009 unterzeichnete es einen Investitionsschutz und –fördervertrag mit der sambischen Regierung<sup>118</sup> einschließlich Steuererleichterungen.<sup>119</sup> 2010 setzte sich Chayton als Ziel „einen Investitionshorizont von 10 Jahren, nach dessen Ablauf ein Ausstieg über Veräußerung an einen industriellen Investor oder über den Gang an die Börse steht“<sup>120</sup>. Der Rahmenplan von Chayton besteht darin, 100.000 Hektar Land in Sambia und Nachbarländern wie Botswana zu erwerben.<sup>121</sup> Die Kapitalmehrheit an Chayton Africa hält mit 73 Prozent<sup>122</sup> **Zeder**, die Nahrungsmittel und Agribusiness Investmentbranche der PSG Gruppe<sup>123</sup>, einer an der Johannesburgur Börse (JSE) notierten Investmentfirma. Zeder beschreibt eine ihrer zwei Kerninvestmentstrategien als „agri-evolution“, Investitionen, „mit

denen die alten landwirtschaftlichen Kooperativen (co-ops) in Unternehmen mit Profitinteresse als primärem Ziel umgewandelt werden.“<sup>124</sup>

Bis heute hat Chayton sieben Farmen in Sambia mit insgesamt 16.916 Hektar erworben.<sup>125</sup> Sechs davon, namentlich Whispering Hope, Parklands und vier Asamenga Farmen liegen im Mkushi Farm Block, einem 176.000 Hektar großen Farm Block, den die Kolonialregierung in den fünfziger Jahren für europäische Tabakfarmer vorgesehen hatte.<sup>126</sup> Die siebte und größte Farm, Somawhe Estates, befindet sich in der Copperbelt Province, im Mpongwe Farm Block (der bei seiner Gründung in den späten Siebzigern noch Munkumpu Farm Block hieß). Ursprünglich war Somawhe Estates ein Teil der Aktivitäten des *Commonwealth Development Corporation* aus Großbritannien (CDC), später Teil eines Joint Ventures mit der Regierung unter dem Namen *Mpongwe Development Company* (MDC) (siehe Kapitel 4.2.2). 2006 wurde eine der vier MDC Farmen (Munkumpu Farm) von der Danish Africa Development Company A/S (mit 65 Prozent Anteilen) und dem ebenfalls dänischen Industrial Fund for Developing Countries (IFU, mit 35 Prozent Anteilen) aufgekauft und in Somawhe Estates Limited (SOya MAize WHeat) umbenannt.<sup>127</sup>

Obwohl 1.639 Arbeitsplätze versprochen wurden<sup>128</sup>, beschäftigt Chayton heute 390 Arbeiter, mehr als die Hälfte davon über Gelegenheitsjobs<sup>129</sup>. Da bestehende Farmen übernommen wurden, können die dort schon existierenden Arbeitsplätze kaum als durch die Kapitalspritze neu geschaffene Arbeitsplätze dargestellt werden. Vielmehr war die Übernahme der bestehenden Großfarmen von einem Verlust an Arbeitsplätzen begleitet, „als Ergebnis der Mechanisierung“.<sup>130</sup>

Einen weiteren Einblick zum Thema Arbeitsplätze liefert die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA, sie ist Teil der Weltbank Gruppe), die Chaytons Investition mit einem Garantievertrag deckt: „Während des operativen Geschäfts wird die Farm ungefähr 15 bis 20 Menschen direkt beschäftigen, um sich an die zunehmend mechanisierten und computergesteuerten Agrarindustrie zu halten. Die bereits für die Whispering Hope und

115. [http://www.illovosugar.co.za/About\\_Us/Group\\_Information/Operations\\_and\\_group\\_shareholding.aspx](http://www.illovosugar.co.za/About_Us/Group_Information/Operations_and_group_shareholding.aspx) (Zugriff am 9.September 2013)

116. Action Aid (2013) Sweet nothings, S.17. Illovo wehrte sich gegen die dort gemachten Anschuldigungen in einer öffentlichen Stellungnahme: [http://www.illovosugar.co.za/Libraries/Announcements\\_and\\_Trading\\_Updates/2013-02-12-12-%e2%80%93Response\\_to\\_ActionAid\\_Statement.sflb.aspx](http://www.illovosugar.co.za/Libraries/Announcements_and_Trading_Updates/2013-02-12-12-%e2%80%93Response_to_ActionAid_Statement.sflb.aspx)

117. Mujenja (2012) Dynamics of large scale investments in agriculture: Lessons from Kaleya Smallholder Company and Mpongwe Development Company, S.50; IFAD (*kein Datum*) Market Environment Case Study Zambia, S.1; <http://maravi.blogspot.de/2008/11/task-force-arrests-detains-greece.html>

118. Zambian National Broadcasting Corporation (November 2009) Chobe agrivision will become the largest agri-business in Zambia surpassing Zambeef Plc.

119. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/newsnight/9623031.stm>

120. Reuters (24. August 2010) African agriculture finance under the spotlight. Es ist unklar, ob sich diese Strategie verändert hat, seit Zeder Chayton 2012 aufgekauft hat.

121. HedgeNews Africa (2011) Chayton combines good land and secure water assets to grow its Atlas Agricultural operation

122. Zeder (2013) Annual report 2013, S.3

123. Steinhoff International Holdings Limited hat 20 Prozent der Anteile der PSG Gruppe erworben. Der Aufsichtsratsvorsitzende von Zeder ist Johannes Fredericus Mouton, der auch Aufsichtsratsmitglied bei der Steinhoff International Holdings Limited ist.

124. PSG Group (2012) Annual Report 2012, S.6

125. MIGA (2011, 2012, 2012) Environmental and Social Review Summary ([http://www.miga.org/documents/ESRS\\_Chayton\\_Zambia.pdf](http://www.miga.org/documents/ESRS_Chayton_Zambia.pdf), Zugriff am 13.11.2013)

126. Woode u.a. (1979) Mkushi farm block: the development of a commercial farm area in Zambia, zitiert in Chu (2013) Creating a Zambian Breadbasket, S.1

127. MIGA (2012) Environmental and Social Review Summary, S.1f

128. The Post (13. November 2009) Govt pledges better investment climate

129. AATIF (2012) Annual Report 2012, S.15

130. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/newsnight/9623031.stm>



Parklands Farmen angestellten internationalen Führungskräfte werden sich auch um Amasenga Farm kümmern.“<sup>131</sup>

Jüngere Untersuchungsberichte weisen auf landbezogene Konflikte im runden Mkushi Farm Block hin, die den plötzlichen Anstieg von „kommerziellen“ landwirtschaftlichen Tätigkeiten in dem Block begleiten. Eine Bäuerin äußert sich hinsichtlich dieses Expansionsprozesses:

*„Das einzig Schlimme ist, dass diesen Investoren anfänglich staatliches Land und Farmblöcke überlassen wurde, und nun gehen sie von dem staatlichen Land über zum Land des Chiefs, auf dem wir leben. Die Frage ist nun, wo wir bleiben sollen? Wo sollen wir nach Feuerholz suchen, denn diese Leute bekommen alles Land – sogar unsere Wälder und bewaldeten Gebiete. (...) Aber der Chief sagt uns ständig, wir sollten nicht in bestimmte Gebiete gehen, weil die jetzt diesen Investoren gehören.“<sup>132</sup>*

Ein anderer Kleinbauer sagt:

*„Ich glaube, dass sich die Regierung nur um die Leute, die aus anderen Ländern kommen, kümmert und die einheimischen Sambier auf Kosten der Investoren leiden lässt. (...) Land zu erwerben ist für einen Sambier schwieriger als für einen Ausländer.“<sup>133</sup>*

MIGA berichtet von einem bereits lang andauernden Landkonflikt auf Somawhe Estates, bei dem Chobe erklärt hat, sich mit der betroffenen Gemeinde zusammzusetzen, eine diesbezügliche Einigung zu formalisieren und das Land der Gemeinde zu demarkieren.<sup>134</sup>

Im August 2011 investierte der **African Agricultural Trade and Investment Fund** (AATIF) über Chayton Afrika 10 Millionen US-Dollar in Chobe Agrivision. Der Fonds mit Sitz in Luxemburg wurde vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ und der KfW Entwicklungsbank) zusammen mit der Deutschen Bank gegründet. „Aufgabe des Fonds ist es, das Potential der Agrarproduktion, der Verarbeitung, des Dienstleistungssektors und des Handels Afrikas zu Gunsten der Armen zu nutzen.“<sup>135</sup> Heute hat der Fonds ein Volumen von 141 Millionen US-Dollar (wichtigste Teilhaber in Mio. US-Dollar: BMZ 62, KfW 26, DB 26 sowie religiöse Körperschaften 19).<sup>136</sup> Es wird erwartet, dass die Rendite des Fonds im oberen einstelligen Bereich liegen wird. Aufgrund einer kaskadenartigen Fondsstruktur (über A, B und C-Anteile) treffen Gewinnauffälle

zuerst das BMZ, dann die KfW und am Schluss die Deutsche Bank und die anderen Investoren.<sup>137</sup> Der Fonds wird von der Deutschen Bank verwaltet.

Im Oktober 2012 erwarb der *Norwegian Investment Fund for Developing Countries* (**Norfund**, im Besitz der norwegischen Regierung) mit einer Summe von 10 Millionen US-Dollar 21 Prozent an Chayton Africa.<sup>138</sup> Norfonds explizite Zielsetzung ist, zur Armutsbekämpfung beizutragen.<sup>139</sup>

Abgesehen von Jobversprechungen redet MIGA auch von generellen „lokalen und regionalen ökonomischen Multiplikatoreffekten“, einem Argument, das auch vom BMZ in den Vordergrund gestellt wurde<sup>140</sup>. Details darüber, wie diese Effekte sich entfalten sollen, gibt es in der Bewertung von MIGA nicht. Basierend auf dem zugrunde liegenden theoretischen Konzept hängen Multiplikatoreffekte besonders von drei Faktoren ab: vom Wandel der ökonomischen Aktivitäten, davon wie viele Güter und Dienstleistungen (inklusive Jobs) lokal erworben werden und davon wie viel der wirtschaftlichen Gewinne lokal und regional zirkuliert wird.<sup>141</sup> Darüber hinaus „tendieren Multiplikatoreffekte dazu, wesentlich schwächer zu sein, wenn die Ursache des landwirtschaftlichen Wachstums in verhältnismäßig wenigen Händen konzentriert ist“<sup>142</sup>. Für keinen der genannten Faktoren scheint Chayton daher ein angemessenes Vehikel zu sein: Die Farmen existierten schon vorher, Maschinen, Saatgut, Dünger und hochqualifiziertes Personal werden sicherlich großteils importiert, das Groß der Gewinne fließt sicherlich nach Mauritius oder – über den AATIF – nach Luxemburg und eine riesige Agrarfläche ist in den Händen eines Investors konzentriert.

Die jüngste Übernahme von Zeder, der Kauf von Mpongwe Milling aus Kitwe ist ein weiterer Indikator für eine „Maximierung der Aktionärsvermögen durch Prozessoptimierung und Initiativen zur Einnahmensteigerung“. Bei Chayton heißt es dazu: „Wir sind überzeugt, dass durch die Diversifizierung entlang der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette Synergien entlang unseres Investitionsportfolios, von der Primärproduktion bis zur Weiterverarbeitung und dem Vertrieb, erzeugt werden, die Gewinnspannen maximieren und Schwankungen der Rohstoffpreise abfedern.“<sup>143</sup> Aktivitäten dieser Art werden getätigt, um Multiplikatoreffekte zu reduzieren, da dies als ein Bereich angesehen wird, über den Gewinnspannen vergrößert werden können. Um es einfach auszudrücken: Wenn Chayton etwas von Firmen im

131. MIGA (11. Mai 2012) Environmental and social review summary, S.4

132. Nolte (2013) Large-scale agricultural investments under poor land governance systems: Actors and institutions in the case of Zambia, S.11

133. Ibid., S.22

134. MIGA (2012) Environmental and Social Review Summary, S.6

135. AATIF (2012) Annual Report 2012, S.8 ([http://www.aatif.lu/tl\\_files/downloads/annual\\_reports/AATIF\\_AR\\_2012.pdf](http://www.aatif.lu/tl_files/downloads/annual_reports/AATIF_AR_2012.pdf))

136. AATIF (2013) Quaterly Reporting, Q2 2013

137. Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Nachfrage (11. Juli 2012), Drucksache 17/10286

138. Unveröffentlichte Hintergrunduntersuchung von *Profundo* vom April 2013

139. Vgl.: <http://www.norfund.no/about-norfund/category296.html> (Zugriff am 12.12.2013)

140. Antwort von Gudrun Kopp, Staatssekretärin der BMZ, auf eine Nachfrage im Parlament, 4. Februar 2013

141. Für eine Diskussion dieses Themas vgl.: Miller (2010) Economic Multipliers: How Communities Can Use Them for Planning

142. Jayne u.a. (2008) Access to Land and Poverty Reduction in Rural Zambia: Connecting the Policy Issues, p.v

143. <http://www.chaytonafrica.com/index.php/about-us/about-us> (12. Dezember 2013)

Besitz von Zeder (Klein Karoo Seed Zambia, Agricol) kauft, bei der in Zeder-Besitz befindlichen Mpongwe Milling verarbeitet und über Pioneerfoods, das ebenfalls im Besitz von Zeder ist, verkauft, werden die Erlöse von Zeder sicher steigen, aber der Gewinn der lokalen Wirtschaft außerhalb des Zeder Konglomerats wird dabei sicherlich sinken.<sup>144</sup>

Der jüngste MIGA Bericht legt dar: „Bei allen Unternehmungen, sei es Whispering Hope, Parklands oder Amsenga, ist die gesamte Ernte für den Verzehr innerhalb Sambias gedacht.“<sup>145</sup> Der Geschäftsführer von Chayton, Neil Crowder, scheint eine etwas breitere Vorstellung zu haben, indem er sagt: „Unser Ziel ist es, Afrika zu ernähren“<sup>146</sup>. Was die Botschaft, entweder Sambia oder Afrika ernähren zu wollen, angeht, fasst Chu zusammen: „Trotz Chaytons Anspruch ‘Afrika zu ernähren’, ist die Realität, dass Investoren wie Chayton doch eher Afrikas wachsende städtische Mittelschicht ernähren, denn dort liegen die Wachstumchancen.“<sup>147</sup> Außerdem weist Chu auf das Risiko hin, dass bei fallendem Kupferpreis und der damit verbundenen sinkenden Kaufkraft der Mittelschicht der Export von Nahrung realistischere Weise steigen wird.

Um solche Entwicklungen besser zu verstehen, hilft es, ein besseres Verständnis von den Akteure, die Chayton kontrollieren, zu haben – Bezugnehmend auf Clapps Perspektive, jene, die weit weg sind (siehe Kapitel 1). Zeders Jahresbericht erklärt: „Zeder hat in der Vergangenheit lediglich nicht-kontrollierende strategische Anteile (Minderheitsanteile) an Firma erworben. Der Erwerb von Mehrheitsanteilen an Agricol wie auch Chayton belegt Zeders weiterentwickelte Strategie, die sowohl umfasst, eine aktivere Rolle bei der Strategiefindung zu spielen, wie auch bei der Expansion der jeweiligen Unternehmen zu helfen.“<sup>148</sup>

Das ist in zweierlei Hinsicht relevant. Erstens zeigt es, dass Finanzakteure eine **dominante Rolle** bei der Festlegung von Strategien und konkreten Managemententscheidungen im Unternehmen selbst übernehmen wollen (in diesem Fall Zeder gegenüber Chobe Agrivision, aber auch Norfund als Anteilseigner an Chayton gegenüber Chobe Agrivision). Dieser Wandel ist von grundlegender Bedeutung für Themen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, Lohnpolitik, Exportstrategien oder mögliche Wechsel hin zu Absatzmärkten außerhalb des Nahrungsmittelsektors (Stichwort Flex Crops, siehe Kapitel 3)<sup>149</sup>. Zweitens macht es die gestiegene **Verantwortung** der

Finanzakteure im Hintergrund hinsichtlich der Auswirkungen von ökonomischen Aktivitäten vor Ort deutlich.

## 4.2.2 Zambeef

Ein Schlüsselakteur des Agribusiness in Sambia ist **Zambeef Products PLC**. Zambeef hat eine bemerkenswerte Expansionsgeschichte. Seit seiner Gründung 1994 hat sich das Unternehmen von einer lokalen Schlachtereierei zu einem der größten Fleischproduzenten und einem der größten Agribusinessunternehmen im südlichen Afrika entwickelt. Es ist eines der wenigen, vielleicht sogar das einzige afrikanische Agribusinessunternehmen, das an der Londoner Börse gelistet ist. Sein Geschäftsführer Francis Grogan wurde vom internationalen Fernsehsender für Wirtschaftsnachrichten CNBC mit dem Preis des *Africa's Entrepreneur of the Year 2013* ausgezeichnet.<sup>150</sup> Mit ihrem „robusten Businessmodell der vertikalen Integration“ „verfolgt die Unternehmensgruppe Zambeef ein vertikal integriertes Geschäftsmodell, von der Primärproduktion über die Weiterverarbeitung bis hin zum Vertrieb der hochwertigen Endprodukte direkt an den Endkonsumenten über das eigenen umfangreiche Einzelhandelsnetz. Damit werden Wertschöpfung und Gewinnabschöpfung entlang der Produktionskette gesichert.“<sup>151</sup> Abgesehen von den afrikanischen Ländern exportiert Zambeef seine Produkte nach China, Indien, Hong Kong, Großbritannien und Italien.<sup>152</sup>

Zambeef ist zu einem großen Teil durch Gelder aus Entwicklungsbanken finanziert. Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (**DEG**)<sup>153</sup> und die International Finance Corporation (**IFC**)<sup>154</sup> haben Zambeef 15,2 respektive 28,7 Million Euro an Krediten gegeben.<sup>155</sup> Die DEG hat ihre Unterstützung unter dem Motto „DEG unterstützt Grundnahrungsmittelproduktion in Sambia“<sup>156</sup> hervorgehoben, während die IFC in ihrer Pressemitteilung erklärt, sie „unterstützt die Expansion von Zambeef Products Plc in Afrika“<sup>157</sup>. Das Risikomanagement für die Finanzierungen der IFC beruht zu einem großen Teil auf jenem der DEG.

Zambeef tätigt seine ‚Primärproduktion‘ auf fünf verschiedenen Agrarfläche: Huntley Farm, Sinazongwe Farm, Chiawa Farm, Mpongwe Estate und der Mpika Palmölplantage. Gemäß ihres eigenen Berichts hat Zambeef 2013 21.000 Hektar Land mit Soja, Mais, Weizen und Palmöl bepflanzt.<sup>158</sup> Die gesamte Landfläche,

144. Vgl.: Zeder Annual Report 2013

145. MIGA (2012) Environmental and Social Review Summary, S.2

146. <http://www.miga.org/news/index.cfm?aid=2652> (Zugriff am 9.Dezember 2013)

147. Chu (2013) Creating a Zambian Breadbasket, S.16f

148. Zeder (2013) Annual Report 2013

149. Selbst wenn aktuell noch keine ‚Flex‘-Technologie vor Ort verfügbar sein sollte, kann sich das schnell ändern, wenn Marktsignale den Finanzinvestoren suggerieren, dass es nun die Zeit dafür sei.

150. Zambeef (12. November 2013) Pressemitteilung: Zambeef CEO wins All Africa Entrepreneur of the Year Award

151. <http://www.zambeefplc.com/zambeefplc/what-we-do/> (Zugriff am 15.November 2013)

152. Zambeef (2013) Business Overview 2012, S.27; Über die Größenordnung der Exporte konnten keine Informationen gefunden werden.

153. Die DEG ist unter dem Dach der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands zuständig für die Privatwirtschaftsförderung.

154. Zuständig für Privatwirtschaftsförderung bei der Weltbank.

155. Unveröffentlichte Hintergrundstudie von *Profundo* of April 2013

156. DEG (24. Juni 2009) Pressemitteilung: DEG supports staple food production in Zambia

157. IFC (11. Juni 2012) Pressemitteilung: IFC renews investment in Zambeef to support Zambia's agribusiness sector

über die Zambeef in Sambia verfügt, scheint jedoch wenigstens 100.000 Hektar zu betragen, da unter anderem auf der Palmölplantage 16.000 Hektar Land noch nicht genutzt wurden<sup>159</sup> und die drei Farmen des Mpongwe Estate, die 2011 von *ETC Bio-Energy* erworben wurden, insgesamt 46.874 Hektar groß sind.<sup>160</sup>

Bei mindestens drei von diesen Landgütern wurde von Streitigkeiten in Bezug auf Land berichtet. Die Zusammenfassung eines Berichts der IFC (*Environmental & Social Review 2010*), die als Grundlage für die Kreditvergabe erstellt wurde, spricht von 45 Familien, die in Mpika umgesiedelt wurden, und von drei Kreisbewässerungsanlagen, die sich auf Grund des „Expansionsprogramms der Chiawa Farm“ auf das Land von 21 Familien ausweiten werde.<sup>161</sup>

Mpongwe Estate ist Schauplatz eines Landkonfliktes mit einer längeren Historie, der wohl bereits 2003 zwischen den vorherigen Unternehmen und DorfbewohnerInnen begonnen hat. Anfang der 80er Jahre hatte das Joint Venture *Mpongwe Development Company* (MDC) zwischen der sambischen Regierung und der *Commonwealth Development Corporation* aus Großbritannien (CDC, zuvor *Colonial Development Corporation*) unter anderem die oben genannten 46,874 Hektar angelegt. Nachdem sich der Staat aus dem Projekt zurückgezogen hatte, war die MDC 2005 zu 100 Prozent in Besitz der CDC. Im Zuge der überraschenden Auflösung der MDC im Jahr 2006 wurden drei der vier Farmen an ETC Bio-Energy verkauft.<sup>162</sup>

Auf dem Areal des Farm Blocks existierten mehrere Siedlungen (einige existieren angeblich immer noch). In einem konkreten Fall wurde mehrere Jahre lang ein Rechtsstreit zwischen DorfbewohnerInnen und der MDC ausgetragen (bekannt auch unter dem Titel „Francis Kamanda and 51 others“). Im Jahr 2010 entschied die oberste Instanz, der Supreme Court, zu Gunsten der MDC. Das Urteil ist unter den DorfbewohnerInnen heftig umstritten, da ihnen in einem vorhergegangenen Urteil des High Court aus dem Jahr 2007 Recht gegeben wurde.<sup>163</sup> Während der letzten Jahre wurden einige Bauer umgesiedelt, andere jedoch nicht. Mujenja erklärt die aktuelle Situation wie folgt: „In einigen Fällen hat das Unternehmen versucht, einen Kompromiss

zu erzielen, indem den Landbesetzern erlaubt wurde, das unternehmenseigene Land kostenlos zu nutzen. Das geschah unter der Prämisse, dass klar war, dass sie umgesiedelt werden würden, sobald das Unternehmen Verwendung für das Land hat.“<sup>164</sup>

Generell gibt es eine wachsende Unzufriedenheit unter den BäuerInnen auf Grund der steigenden Nachfrage nach Land.<sup>165</sup> Als Reaktion überlegt Zambeef angeblich, „Formen von Vertragsanbau einzuführen, mit denen das Land an lokale Bauern weiterverpachtet wird, sodass diese vertraglich geregelt für das Unternehmen produzieren können.“<sup>166</sup> Im Kontext der wachsenden Landknappheit bedauert ein ehemaliger Abgeordneter aus Mpongwe, der zum Zeitpunkt des MDC Landdeals im Parlament saß und nun ein lokaler Bauer ist, dass er in den 70er Jahren Land an MDC vergeben hat. Er wünscht sich, dass es den BäuerInnen zurück gegeben werden könne.

Die lokale Bedeutung der Landkonflikte im Kontext der heutigen Mpongwe Farms kann vermutlich am Besten mit Hilfe des folgenden Zitats eingeschätzt werden: „ein leitender Angestellter hat angegeben, dass die größte Anzahl derer, die in Luanshya im Gefängnis sitzen, irgendwas mit MDC zu tun haben“<sup>167</sup>. Es ist allerdings unklar, wie dies mit dem IFC *Environmental & Social Review Summary* (2012) zusammengebracht werden kann, in dem festgehalten wird, dass der Performance Standard 5 zu Landerwerb und Zwangsumsiedlung „im Rahmen der aktuellen Investition nicht angewendet werden muss“.<sup>168</sup>

Basierend auf Daten des Vorbesitzers ETC Bio-Energy betragen die **öffentlichen Einnahmen** für die 46.874 Hektar 1,2 US-Dollar pro Hektar (lediglich für Landpacht und Wasserrechte, da die Unternehmenssteuer und Zahlungen an lokale Behörden auf Grund der Ausnahme nicht anfallen).<sup>169</sup>

Mujenja versteht das Investitionsprojekt Mpongwe außerhalb „der aktuellen Welle von landwirtschaftlichen Investitionen, die in den letzten paar Jahren für viel internationale Aufmerksamkeit gesorgt haben.“<sup>170</sup> Bedenkt man die jüngste Expansionsstrategie von Zambeef und ihre Investitionen in die Agrarproduktion selbst, kann dies in Frage gestellt werden.

158. 17.000 Hektar für Soja, Mais und Weizen plus 4.000 Hektar Palmölplantage. Vgl.: Zambeef (2013) Annual Report 2013, S.22 und Lusaka Times (3. Juni 2013) Newly created subsidiary of Zambeef to create 2000 jobs in Mpika

159. Lusaka Times (3. Juni 2013) Newly created subsidiary of Zambeef to create 2000 jobs in Mpika; IFC Documente spezifizieren zwei Ansiedlungen auf Mpika mit 7.390 hectares in Kopa and 12.712 in Kabinga. Vgl.: IFC (2010) Environmental and Social Review Summary

160. Mujenja (2012) Dynamics of large scale investments in agriculture: Lessons from Kaleya Smallholder Company and Mpongwe Development Company, S.7. Dieser Bericht führt weiter aus, dass "The total landholding consists of three farm blocks, each with a separate 99-year lease. Farm number 4451 (Nampamba, 22,921 ha) and farm number 4450 (Chambatata, 12,490 ha) are used for crops production while farm number 5388 (Kampemba, 11,463 ha) is used for ranching." The Post Newspaper (3. Juli 2011) Zambia lists on AIM, buys 3 farms.

161. IFC (2010) Environmental and Social Review Summary

162. Mujenja (2012) Dynamics of large scale investments in agriculture: Lessons from Kaleya Smallholder Company and Mpongwe Development Company, S.19.

163. Berichterstattung durch Zambia Land Alliance am 7. November 2012. <https://www.facebook.com/ZambiaLandAlliance/posts/387074804702048> (Zugriff am 19.Oktober 2013)

164. Ibid., S.51

165. Ibid., S.51

166. Ibid., S.51. In Sambia wie auch in vielen anderen Ländern ist es gängig, vorschnell von „Besetzern“ zu reden, wodurch eine Vorabverurteilung bezüglich der legitimen Rechte von Betroffenen und ihres Rechtsstatus erreicht wird. Dies ist eine aus Menschenrechtsperspektive sehr problematische Herangehensweise.

167. Ibid., S.51

168. IFC (2012) Environmental and Social Review Summary

169. Mujenja (2012) Dynamics of large scale investments in agriculture: Lessons from Kaleya Smallholder Company and Mpongwe Development Company, S.45. Interessanterweise betragen die Wassernutzungskosten über einem Wert von 500 Kubikmeter pro Tag fast gar nichts.

170. Ibid., S.6



Gruppen sind“<sup>181</sup>. In Sambia scheint diese Auswahl mehr und mehr von einer kleinen Gruppe von Agribusinessunternehmen und Finanzinvestoren getroffen zu werden, die auch aus Europa kommen und die KleinbäuerInnen einem steigenden Wettbewerb um Land und Produktion aussetzen.

Basierend auf den Leitfragen aus der Einleitung können die folgenden allgemeinen Schlussfolgerungen gezogen werden:

- Europäische Finanzinvestoren unterstützen den Aufbau und/oder die Expansion großer Agribusinesskonglomerate in Sambia entweder direkt (z.B. Chobe Agrivision, Silverlands Fund) oder indirekt (z.B. AATIF). Die Agribusiness-Akteure verfolgen meist eine Strategie der **vertikalen Integration**, was die direkte Beteiligung am Anbau selbst einschließt. Rendite für den Investor ist das zentrale Handlungsmotiv.
- Finanzinvestoren scheinen mehr und mehr **direkte Kontrolle** über die Landwirtschaft selbst zu suchen, z.B. über Mehrheitsbeteiligungen. Das kann gut zusammengefasst werden als „aktiv gemanagte Investments in landwirtschaftlichen Grund und Boden“<sup>182</sup>, wobei der Finanzinvestor (und nicht der Bauer oder die Bäuerin) über die Aktivitäten auf der Farm entscheidet und diese kontrolliert.
- Als typische Charakteristik der globalen Debatte um Land Grabbing werden auch hier die Investitionen von Botschaften begleitet, wie der **Schaffung von Arbeitsplätzen** (direkt oder über Vertragsanbau) oder der **Ernährung der Hungernden**. Wenn sich dann jedoch die ersten beiden Argumente nicht bewahrheiten, wird gerne auf die schwer belegbaren Argumente allgemeiner ökonomischer Multiplikatoren- oder Spill-Over-Effekte zurückgegriffen.
- **Entwicklungsfinanzierung** aus Europa spielt eine wichtige Rolle bei der beschleunigten Expansion des Agribusiness in Sambia. Sie unterstützt und verstärkt dessen Nachfrage nach Land.
- Bezüglich der Liste an Triebkräften und Interessen, die in Kapitel 1 zusammengefasst wurden, scheint es, dass innerhalb einer einzelnen Investition häufig ein **Gemisch verschiedener Interessen** durch die verschiedenen Akteure (etwa Entwicklungsagenturen, Banken, Agribusiness oder Finanzinvestoren) zusammenspielt. Während alle angebliche langfristige positive Entwicklungsaspekte vorgeben, haben einige Investoren vor, sich nach einer Konsolidierung und/oder „erfolgreichen“ Expansion wieder aus der getätigten Investition zurück zu ziehen. Dieses Investitionsverhalten auf der einen Seite und die typische Pachtzeit von 99 Jahren

auf der anderen Seite wirft Fragen auf hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Investitionen, der Gültigkeit der vielen Versprechen von Gebern und Investoren (etwa zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder der ausschließlichen Nutzung für den heimischen Markt) und letztendlich der Bedeutung eines spekulativen Verhaltens dieser Investoren.

## 5.1 Profitieren die Armen von einer durch Finanzinvestoren getriebenen Agrarentwicklung?

Chobe Agrivision steht beispielhaft für den Schritt hin zur **Finanzialisierung der Landwirtschaft in Sambia**. Das wird deutlich im Wechsel zu einem „Profitmotiv als Primärziel“<sup>183</sup>, wobei die Profite der Finanzinvestoren und der Anteilseigner gemeint sind und Entscheidungen mit dem Ziel steigender Aktienkurse getroffen werden. Das steht in Zusammenhang mit „Initiativen zur Steigerung der Einnahmen“ wie etwa ein hoher Grad an Mechanisierung, Kostenersparnis durch Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen sowie einer geringen Zahl an Jobs im Anbau. Dies alles macht mögliche Multiplikatoreffekte unwahrscheinlicher. Die beeindruckenden Wachstumsraten von Sambias Landwirtschaft im Lichte der parallel wachsenden Zahl an Hungernden scheinen diese Art der Entwicklung zu bestätigen.

Ein Jahresberichts der CDC (vgl. Kapitel 4.2.2) aus dem Jahr 1972 deutet auf ein weiteres Dilemma hin. Demzufolge ist der Bedarf nach hohen Renditen zur Deckung der Basiskosten einer Finanzinvestition (z.B. Fondsmanagement) substantiell und scheint im Widerspruch zu einem Fokus auf die Förderung von KleinbäuerInnen zu stehen: „viele landwirtschaftliche Projekte, besonders die, die bäuerliche Kleinbetriebe betreffen, ... mussten in der Vergangenheit ausgenommen werden, da ... die allgemeine Renditerate deutlich unter dem liegt, was notwendig ist, um den Einsatz des investierten Kapitals zu decken“<sup>184</sup>. Das stellt solche großen Finanzinvestitionen als adäquate Instrumente zur Unterstützung von KleinbäuerInnen grundsätzlich in Frage. Hier sind sicherlich weitere, detaillierte Recherchen über Finanz- und Gewinnflüsse und über die letztendlichen Profiteure von Nöten.

Die Studie zeigt auch, dass es sich seltenst um einen einzelnen Akteur bezüglich einer Landfläche handelt (wie gerne und vereinfacht in Literatur über Land Grabbing angegeben wird), sondern vielmehr um einen Mix von Akteuren – mit Anteilen, Darlehen, kontrollierender Art oder als stiller Teilhaber. Das macht es noch komplizierter, diese Akteure für die Auswirkungen vor Ort verantwortlich zu machen. So wird die **Identifizierung und die Zuordnung von spezifischen menschenrechtlichen Verantwortungen** und diesbezüglicher Pflichten noch anspruchsvoller, während gleichzeitig die Finanzinvestoren mehr und mehr Kontrolle und Entscheidungsmacht über die

181. HLPE (2013) Investing in smallholder agriculture for food security, S.11

182. Detlef Schöne, CEO der deutschen Aquila Capital, vgl.: [http://www.fondscheck.de/news/Artikel-Aquila\\_Capital\\_verstaerkt\\_Expertise\\_fuer\\_globale\\_Agrarinvestments-4324369?](http://www.fondscheck.de/news/Artikel-Aquila_Capital_verstaerkt_Expertise_fuer_globale_Agrarinvestments-4324369?) (Zugriff am 19.Dezember2013)

183. PSG Group (2012) Annual Report 2012, S.6

184. Zitiert in Mujenja (2012) Dynamics of large scale investments in agriculture: Lessons from Kaleya Smallholder Company and Mpongwe Development Company, S.33



Investitionen beanspruchen (z.B. Norfund als Anteilseigner, Zeder hält die Kontrollmehrheit ...). Die Erfahrung zeigt, dass solche Konstellationen oft dazu führen, dass Verantwortungen zwischen den verschiedenen Akteure und Ebenen hin- und hergeschoben werden.<sup>185</sup>

An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass die beteiligten Firmen und Finanzinvestoren in vielen Fällen positive Auswirkungen ihrer Investitionen durch ihre **sozialen Projekte** hervorheben wollen. Dies wird auch unter dem Schlagwort Corporate Social Responsibility aufgeführt (z.B. Amatheon Agris, die einer Schule die elektrische Ausrüstung zur Verfügung stellen). Solche Projekte sind explizit nicht Teil dieser Studie, da sie nicht Teil der finanziellen Kernaktivitäten sind. Investitionen, die Arbeitsplätze zerstören, die für den Verlust des Zugangs zu Land lokaler Gruppen führen, können nicht einfach mit solchen Aktivitäten abgewogen oder von ihnen überdeckt werden.

### 5.1.1 Macht die Beteiligung öffentlicher Gelder den Unterschied?

Generell wird die boomende Mit-Finanzierung großer privater Investitionen durch internationale Geber als Instrument mit großer Hebelwirkung präsentiert. Die Botschaft ist folgende: Positive armutsmindernde Wirkungen großer Investitionen würden durch die geringen Mittel der Geber alleine nie denselben Effekt erreichen. Die erhebliche Geberfinanzierung der größten Agribusinessakteure in Sambia muss in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Angesichts der Fälle, die in dieser Studie betrachtet wurden, muss diese Logik klar hinterfragt werden. Tatsächlich scheint es realistisch, dass ein alternatives 10 Millionen US-Dollar Projekt, das ausschließlich durch einen Geber finanziert wird (AATIF und Norfund finanzieren Chayton je mit 10 Millionen US-Dollar) und das sich die Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft und der für sie zentralen lokalen Märkte sowie des lokalen Ernährungssystems auf die Fahne schreibt, weitaus breitere und direktere Auswirkungen auf die Armutsminderung und die Ernährungssicherheit der ländlichen Armen hätte.

Auch das generelle Setzen auf Multiplikatoreffekte dieser großangelegten kommerziellen Landwirtschaftsinvestitionen scheint zumindest fragwürdig zu sein. Basierend auf Kerncharakteristika dieser Investitionen besagen ökonomische Theorien, dass diese die ineffektivsten Instrumente sind, um solche Effekte zu schaffen, und dass sie typischerweise die ländlichen Armen nicht erreichen.

AATIF beispielsweise hebt auch seine Kooperation mit der International Labour Organisation (ILO) hervor. Da die Investitionen von Chayton relativ wenige Arbeitsplätze erhalten, ist die Relevanz eines Fokus auf Kernarbeitsnormen ebenso unklar. Hier stellt sich wieder die Frage, ob eine stärkere Unterstützung europäischer Geber für eine staatliche Kontrolle der Einhaltung

dieser Kernarbeitsnormen, die in Sambia bindend sind<sup>186</sup>, nicht ein besserer Ansatz wäre als die Schaffung eines neuen, parallelen und intransparenten Mechanismus.

Wie in den Beispielen hervorgehoben wurde, tragen solche Investitionen reale Risiken, die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung zu verhindern oder zu untergraben. Eine generelle Frage, die sich aus den Geberaktivitäten ergibt, ist die der **Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit**. Institutionen, die mit öffentlichen Ressourcen betraut sind (wie z.B. Norfund, BMZ, AFD ...) haben die Verpflichtung, für steuerrechtliche und soziale Verantwortlichkeiten gegenüber Parlamenten oder der Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Ein Konflikt ergibt sich, wenn diese Institutionen argumentieren, dass relevante Informationen nicht zur Verfügung gestellt werden können auf Grund von vertraglichen Vereinbarungen mit dem Privatsektor.<sup>187</sup>

Detailliertere Risiken und Fragen aus Perspektive des Rechts auf Nahrung werden im folgenden Kapitel diskutiert.

## 5.2 Die Rechercheergebnisse aus Perspektive des Rechts auf Nahrung

Basierend auf der in Kapitel 3 beschriebenen Rahmensetzung, die das Recht auf Nahrung vorgibt, beschreibt das folgende Kapitel die realen Risiken für die Verhinderung, Untergrabung und Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung.

### 5.2.1 Zugang zu Land: Verstärkter Druck auf Agrarland als wachsendes und strukturelles Problem

Nationale Politiken erleichtern den Zugang zu Land einseitig für große kommerzielle Agrarunternehmen besonders in Regionen mit guter Infrastruktur, hochwertigen Böden und ausreichend Zugang zu Wasser. Neben der Strategie, kommerzielle Farm Blocks zu etablieren, stellen die flankierenden Anreize für große Investoren (Versorgung mit Infrastruktur, Steuererleichterungen ...) ein starkes indirektes Instrument für deren Zugang zu Land dar. Das steht im Widerspruch mit dem 6th National Development Plan 2011-2015, nach dem die „Regierung einen gerechten Zugang zu Land für landwirtschaftliche Zwecke ermöglichen wird“.<sup>188</sup>

Heute führt die Mischung aus Reaktivierung oder Expansion alter Farm Blocks (z.B. Zambeef in Mpongwe), der Etablierung neuer Farm Blocks (z.B. Nasange Farm Block) und der Übertragung von kommunalem Land in staatliches Land (z.B. im Fall von Ferrostaal) **zu einer wachsenden Knappheit von Land und zu Konflikten** zwischen den lokalen Gemeinschaften und (neuen) Investoren.

185. Vgl. z.B.: FIAN (2012) The Human Rights Impacts of Tree Plantations in Niassa, Mozambique, S.29

186. Sambia hat sämtliche Kernarbeitsnormen der ILO Konventionen ratifiziert, und das zusätzlich zu denen der ICESCR

187. Trotz des in Deutschland gültigen Informationsfreiheitsgesetzes hat das BMZ den Zugang zu Kerninformationen über die sozialen Folgen einer DEG-Investition verweigert, die Anteile an einer Firma erworben hat, die 135.000 Hektar Land in Paraguay besitzt.

188. Republic of Zambia (2011) 6th National Development Plan 2011-2015, S.111



Wie bereits beschrieben wurde, gibt es in Sambia keine allgemeine Verfügbarkeit großer Landflächen, wie von der Weltbank suggeriert wird. Die Verfügbarkeit von Land in Sambia ist ortspezifisch und Landknappheit ist ein wichtiges und größer werdendes sozio-ökonomisches Problem in vielen Regionen, in denen die Investitionen getätigt werden. Das trifft ganz besonders entlang der zentralen Transportwege in Sambia zu, wo fast alle der jüngst getätigten Investitionen erfolgten. In Regionen mit gutem Zugang zu Infrastruktur, hoher Bodenqualität und ausreichend Zugang zu Wasser gibt es keine großen Landflächen, die frei zur Verfügung stehen.

Basierend auf dem Recht auf Nahrung müsste der verbesserte Zugang zu Land für landlose und landarme ländliche Bevölkerungsgruppen eine Priorität der nationalen Politik sein. In Sambia ist die ländliche Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um mehr als 400.000 Menschen gewachsen.<sup>189</sup> Daher ist auch die Sicherung des Zugangs zu Land für zukünftige Generationen ein Teil der Staatenpflichten Sambias aus dem Recht auf Nahrung und muss in die Diskussion zu den extraterritorialen Staatenpflichten europäischer Staaten integriert werden.

## 5.2.2 Verfügbarkeit von „agro-evolutionärer“ Nahrung für ländliche Armutgruppen

Im Rahmen ihres Versprechens, Sambia oder gar Afrika zu ernähren, betonen die Investoren, dass ihre Aktivitäten zu einer höheren und nachhaltigeren (stabileren) Verfügbarkeit von Nahrung beitragen. Aus einer Recht auf Nahrung-Perspektive sind folgende Aspekte besonders wichtig für eine Bewertung dieser Argumente:

**Erstens** leben die meisten hungernden Menschen in ländlichen Gebieten. Für die Investoren dagegen ist die städtische Mittelschicht die Verbraucherzielgruppe, bei der sich die meisten Profite erzielen lassen. Für sie sind die Armen, und vor allem die Armen in ländlichen Regionen, keine relevante Zielgruppe. Daher sind positive Effekte auf die Verfügbarkeit von Nahrung für arme und hungernde Bevölkerungsgruppe, die basierend auf dem Recht auf Nahrung zentrale Begünstigte sein sollten, zumindest fragwürdig.

**Zweitens** versprechen einige Investoren, ausschließlich für Sambia produzieren zu wollen. Dieses Argument wird auch von der MIGA im Fall Chayton aufgeführt. Wie schon bei der Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen ist es unklar, ob und gegebenenfalls wie lange ein solches Versprechen eingehalten wird. Es ist in der Tat realistisch, dass Finanzinvestoren in lukrativere Verbrauchermärkte wie Südafrika oder gar Europa exportieren, da Profitmaximierung deren Hauptbeweggrund ist. Der Aufbau einer verbesserten Exportinfrastruktur (z.B. der Nacala Korridor) erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Nahrungsmittelproduktion in Sambia und macht eine

Umorientierung hin zu Absatzmärkten außerhalb Sambias für die Zukunft noch wahrscheinlicher.

Forscher weisen auch darauf hin, dass die Zielgruppe der städtischen Mittelschicht in Sambia stark vom Weltmarktpreis für Kupfer, Sambias wichtigstem Exportprodukt, abhängig ist.<sup>190</sup> Fallende Kupferpreise, die diese Gruppe treffen, könnten ein weiteres Szenario sein, das für einen Wechsel hin zu lukrativeren Konsumentenmärkten im Ausland sorgen könnte.

Letztendlich kann die Suche nach den profitabelsten Absatzmärkten in deutlichem Widerspruch zur Verfügbarkeit von Nahrung im ländlichen Sambia stehen und eine mögliche Steigerungen der Gesamtproduktion, verknüpft mit einer Verlagerung der Absatzmärkte, kann sich negativ auf die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung auswirken. Dies kann noch verschärft werden, wenn die Investitionen die lokale Nahrungsmittelproduktion und -versorgung verdrängen (z.B. Mpongwe).

**Drittens** werden zusätzliche Märkte für Agrarreibstoffe und die stoffliche Nutzung von Agrarrohstoffen den Wettbewerb um Biomasse erhöhen. Hier sein an den in Kapitel 3 angesprochenen, sich entwickelnden globalen Flex Crops-Komplex erinnert. Die Verfügbarkeit von Nahrung in Sambia ist daher sehr wahrscheinlich wachsenden zusätzlichen Marktbedürfnissen aus dem Ausland ausgesetzt. Die sich daraus ergebende Frage „Meine Nahrung oder dein Treibstoff?“ wird auf Basis der Kaufkraft beantwortet werden, wobei es unwahrscheinlich ist, dass Arme hier als GewinnerInnen hervorgehen.

Wegen all diesen Gründen müssen stark vereinfachte Annahmen über die Verfügbarkeit von Nahrung tunlichst vermieden werden.

## 5.2.3 Wirtschaftlicher Zugang zu Nahrung durch Lohnarbeit?

Der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung führt ein zentrales Problem in Bezug auf solche Investitionen aus und äußert dazu generelle Bedenken in seinem Bericht über das Nachbarland Malawi: „kapitalintensiver Anbau minimiert den Arbeitseinsatz. [...] Eine Priorität für Malawi ist in den kommenden Jahren mehr Beschäftigungschancen zu schaffen, was die Förderung von arbeitsintensiven Technologien und Praktiken notwendig machen könnte: obwohl sie Teil jeglicher langfristigen Entwicklungsstrategie sind, sollte die Einführung von Arbeitsplatz-einsparenden Technologien so graduell erfolgen, dass soziale Verwerfungen vermieden werden können.“<sup>191</sup>

Peters stellt dieses zentrale Problem großflächiger Finanzinvestitionen in Subsahara Afrika wie folgt dar: „Die bloße Tatsache, dass diese Geschäfte in erster Linie in Ländern erfolgen, wo es bereits eine große und dabei noch wachsende Diskrepanz zwischen der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen und denen, die Arbeit suchen,

189. Weltbank Daten unter: <http://data.worldbank.org/indicator/SP.RUR.TOTL> (Zugriff am 12. Dezember 2013)

190. Chu (2013) Creating a Zambian Breadbasket, S.17

191. Büro des Hochkommissars für Menschenrechte, Mandat des Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung, Mission für Malawi, End-of-Mission Statement, 22. Juli 2013, S.7

192. Peters (2013) Land appropriation, surplus people and a battle over visions of agrarian futures in Africa, S. 549

gibt, macht das Potential für einen Gesamtverlust für die bestehende Bevölkerung noch wahrscheinlicher.“<sup>192</sup>

Im Falle von Chayton unterhält deren Investition ungefähr 150 Vollzeitarbeitsplätze (und schafft keine neuen). Ein Rechenbeispiel zur Veranschaulichung: mit Hilfe von AATIF und Norfund werden 20 Millionen US-Dollar an europäischen Gebergeldern aufgewendet, um Arbeitsplätze in einer Größenordnung von 133.333 US-Dollar pro Job zu unterstützen.<sup>193</sup>

Einige Investoren verweisen auf die Zahlung von Löhnen, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen.<sup>194</sup> Da keine weiteren Details gefunden wurden, ist unklar, ob Mindestlöhne in Sambia auch existenzsichernde Löhne sind.

Da sich die Arbeitsplatz-Versprechen oft dann in Luft auflösen haben, als die Investitionen in die produktive Phase gingen, wechselten die Finanzinvestoren und mit ihnen oft die beteiligten Geber, wie auch die sambische Regierung zu einem neueren und vorgeblich moderneren Argument. KleinbäuerInnen profitieren angeblich von diesen Investitionen durch verschiedene Formen von **Vertragslandwirtschaft**. Die Pläne für die neuen kommerziellen Farm Blocks binden beispielsweise Vertragsanbau als Satellitentätigkeiten rund um die 10.000 Hektar großen Kernplantagen ein und Finanzinvestoren (z.B. Amatheon, AATIF) betonen Vertragsanbaumodelle auch als zentrale Strategie, um Kleinbauern zu erreichen. Generell konnten keine Informationen über rechtsverbindliche Verpflichtungen, den legalen Rahmen oder formale Entwürfe für diese Vertragsanbautätigkeiten gefunden werden.

Die Erwartung, dass dieser Ansatz positive Auswirkungen für marginalisierte und verwundbare Gruppen hat, muss mit Vorsicht genossen werden. Erstens nimmt man an, dass die Vertragslandwirte in den Farm Block-Strategien der Regierung über 20 bis 100 Hektar Land verfügen. Die typische Größe für bäuerliche Kleinbetriebe ist basierend auf offiziellen Dokumenten jedoch bis zu 2 Hektar. Diese offiziellen Dokumente stufen bereits BäuerInnen mit 2-10 Hektar Land als aufstrebende BäuerInnen ein. Marginalisierte und vulnerable KleinbäuerInnen sind hier also eindeutig nicht die Zielgruppe.<sup>195</sup> Zweitens zieht die Weltbank im Fall von Zuckerrohr für Sambia den Schluss, dass ein „Vertragsanbau bei Zucker zu Durchschnittslöhnen führt, die niedriger sind als alternative kleinbäuerliche Anbauoptionen“<sup>196</sup>. Drittens gibt es einen Konflikt zwischen den Transaktionskosten (einer ökonomischen Schlüsselvariable für Investoren) und den Vermarktungschancen für KleinbäuerInnen. In einem speziellen Fall wird berichtet, dass Transaktionskosten niedrig gehalten werden, da „Vertragslandwirte keine weiteren potentiellen Käufer ihres Zuckerrohrs haben und dies sie daran hindert, ihr Zuckerrohr woanders zu verkaufen.“<sup>197</sup> Viertens beschreiben Wissenschaftler, dass, wenn Vertragsanbaumodelle nicht

explizit auf Arme zugeschnitten sind und auch kein einklagbarer, rechtlicher Rahmen vorhanden ist (was für Sambia auch nicht der Fall zu sein scheint), positive Effekte für marginalisierte Gruppen weniger wahrscheinlich sind.<sup>198</sup>

---

## 6. Empfehlungen basierend auf dem Menschenrecht auf Nahrung

Im Rahmen des Menschenrechts auf Nahrung können marginalisierte ländliche NahrungsmittelerzeugerInnen, wie etwa Viehhalter, KleinbäuerInnen, Fischer, Landlose, Frauen, Kinder oder indigene Gemeinschaften, nicht auf einer Ebene mit anderen Kategorien von Investoren betrachtet werden. Es ist auch nicht ausreichend, bei Investitionen einfach positive Nebeneffekte für KleinbäuerInnen zu befördern oder zu erzeugen oder gar auf vage wirtschaftliche Multiplikatoreffekte, wie das Beispiel Sambia gezeigt hat, zu hoffen.

Der deutlich nationale Fokus auf Expansion einer großflächigen industriellen Landwirtschaft **marginalisiert eine ohnedies schon verwundbare ländliche Bevölkerung** in Sambia weiter. Dies hat negative Effekte auf die Verfügbarkeit von Land für vulnerable Gruppen und verringert den Spielraum landwirtschaftlicher Politiken oder Strategien, die auf KleinbäuerInnen ausgerichtet sind, oder von Programmen, die darauf abzielen, deren Situation zu verbessern. Das ist besonders problematisch in Ländern wie Sambia, in denen 80 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Armut lebt und die meisten auf Landwirtschaft angewiesen sind.

Im Rahmen ihrer Menschenrechtspflichten **müssen Staaten explizit die armen, gefährdeten und marginalisierten Gruppen priorisieren**, auch im Rahmen der allgemeinen Diskussionen um die Ausrichtung der Politik, bei Prozessen der Entscheidungsfindung und deren Umsetzung. Effektive Teilhabe dieser Gruppen an diesen Prozessen muss proaktiv gefördert und unterstützt werden. Auf Basis ihrer extraterritorialen Pflichten sollten Geberländer der EU eine menschenrechtsbasierte Rahmen in Bezug auf Investitionen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung anwenden, der – besonders im Kontext andauernder ländlicher Armut und Hunger – **Investitionen von und für KleinbäuerInnen** (und im weiteren Sinne alle NahrungsmittelkleinerzeugerInnen, wie etwa indigene Gemeinschaften, Hirtenvölker, Kleinfischer) priorisiert.

193. Diese Kalkulation bezieht sich auf eine ähnliche Bewertung in: World Bank (2011) Rising global interest in farmland

194. Kruchem (2013) Land and Water, S.84

195. Choma Municipal Council (2006) Choma District Situation Analysis Report 2006, quoted in Chu (2012), S.6

196. World Bank (2011) Rising Global Interest in Farm Land, S.47

197. Mujenja (2012) Dynamics of large scale investments in agriculture: Lessons from Kaleya Smallholder Company and Mpongwe Development Company, S.35

198. Vgl. z.B.: Li (2011) Centering labor in the land grab debate

Die **spezifischen Pflichten** von Staaten, das Recht auf Nahrung zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten, basieren auf dem normativen Inhalt des Rechts auf Nahrung, so wie in Kapitel 2.1 ausgeführt. Die Verpflichtung es zu respektieren erfordert daher, dass Staaten keine Maßnahmen ergreifen, die den Genuss des Rechts auf Nahrung verhindern oder aushöhlen. Die Verpflichtung es zu schützen erfordert, dass Staaten Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass Dritte (Individuen, Gruppen, Konzerne und andere Körperschaften) in irgendeiner Weise den Genuss der Rechte auf Wasser und Nahrung unterwandern. Schließlich haben Staaten die Verpflichtung das Recht zu gewährleisten, das heißt, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, die die vollständige Umsetzung dieses Rechts ermöglichen, was insbesondere aktive Schritte mit einbezieht, die den Zugang zu und die Nutzung von natürlichen Ressourcen verbessert.

Um ihren extraterritorialen Pflichten zum Recht auf Nahrung gerecht zu werden, sollten die europäischen Mitgliedsstaaten und die EU regulative Mechanismen einführen. **Staaten als Geldgeber im Bereich Landwirtschaft oder Land** müssen eine **vorherige Bewertung** der Risiken und der potentiellen **extraterritorialen Folgen** ihrer geplanten Aktionen und Investitionen hinsichtlich des Rechts auf Nahrung mit öffentlicher Beteiligung vornehmen. Die Ergebnisse der Bewertung müssen:

- a. öffentlich gemacht werden und es muss sichergestellt werden, dass lokale betroffene Gruppen angemessenen Zugang zu diesen Informationen haben;
- b. hinsichtlich ihrer menschenrechtlichen und sozialen Folgen angemessen in Aktions- und Investitionspläne integriert werden.

Im Kontext von Sambia umfasst dies eine vorherige Untersuchung der Konsequenzen der geförderten Investitionen hinsichtlich eines gerechten **Zugangs** zu Land, Wasser und Nahrung, hinsichtlich der **Verfügbarkeit** von Nahrung für marginalisierte Gruppen (inklusive einer langfristigen Perspektive) und hinsichtlich der Folgen bezüglich des **Zugangs zu Land für eine wachsende ländliche Bevölkerung**.

Der **Staat Sambia** und die **Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten**, sofern sie **Geldgeber** für solche Investitionen sind, müssen:

- a. sicherstellen, dass sämtliche relevanten Informationen zur Verfügung stehen und dies nicht durch restriktive Geheimhaltungsvereinbarungen mit privaten Investoren behindert wird;
- b. einen effektiven Beschwerdemechanismus einführen, um Probleme zu untersuchen, die in Bezug zu einer Untergrabung oder Verhinderung des Rechts auf Nahrung durch die Investitionen stehen;

c. effektive Maßnahmen ergreifen, um eine Verletzungen von Landrechten und des Rechts auf Nahrung zu stoppen und effektive Entschädigungen durchzusetzen. Dies beinhaltet auch, einen rechtlichen Rahmen für diese Maßnahmen in Kooperationsvereinbarungen mit privaten Investoren zu integrieren.

**Staaten als Heimatländer privater Investoren** sollten sicherstellen, dass diese Investitionen nicht das Recht auf Nahrung verletzen. Das könnte unter anderem erfolgen durch

- a. Die Regulierung privater Investoren, sodass diese
  - Informationen über den genauen Ort der Fläche zur Verfügung stellen, die sie erwerben wollen;
  - die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung offenlegen, die von der Zambia Development Agency gefordert wird;
  - Informationen über die Schaffung von Arbeitsplätzen und über die Arbeitsbedingungen zur Verfügung stellen, inklusive Informationen über die Einhaltung des sambischen Arbeitsrechts;
  - Informationen über die Versprechen, die gegenüber den Gemeinden geäußert wurden, offen legen;
  - Gemeinden für mögliche Schäden und erlittene Verluste entschädigen;
  - weitere Expansion auf Eis legen müssen, solange bestehende Konflikte nicht gelöst wurden;

b. das Einführen von Monitoring-Mechanismen, um die Aktivitäten der Firmen verfolgen zu können. Das sollte die Einführung von Berichtspflichten für die Investoren bezüglich der Aktivitäten, die Menschenrechte beeinträchtigen könnten, einschließen, wie auch Anfragen bei den Ländern vor Ort bezüglich der Einhaltung lokaler Gesetze und Normen sowie der Menschenrechte der lokalen Bevölkerung;

c. die Einführung eines Beschwerdemechanismus, der Beschwerden von lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen bezüglich der Verletzungen von legitimen Landrechten und Menschenrechten ermöglicht. Diese Einführung könnte auf den EU-Richtlinien zu MenschenrechtsverteidigerInnen aufbauen.

Die **Botschaften** involvierter EU-Staaten und die **EU-Delegation** sollten dabei eine Schlüsselrolle spielen, auch indem sie die Folgen dieser Investitionen unter Anwendung der UN-Leitlinien zu Land und natürlichen Ressourcen überwachen, und die Ergebnisse dieser Überwachung veröffentlichen. Diese könnte durch die Schaffung eines formellen Überwachungsmechanismus umgesetzt werden.



# **HANDS OFF THE LAND**

---

## TAKE ACTION AGAINST LAND GRABBING

Eine Allianz des Transnational Institute in den Niederlanden, FIAN International, FIAN Deutschland, FIAN Niederlande, FIAN Österreich, IGO in Polen und dem FDCL in Deutschland.

Die Allianz hat zum Ziel, die Öffentlichkeit, PolitikerInnen, Entscheidungsträger, StudentInnen und Entwicklungsexperten über Land Grabbing zu informieren. Sie veröffentlicht Fallstudie und thematische Recherchen zu Landnahmen in Kolumbien, Kambodscha, Sambia, Mosambik und Mali.

Kontakte für weitere Informationen:

[tni@tni.org](mailto:tni@tni.org)

[office@fian.at](mailto:office@fian.at)

[fian@fian-nederland.nl](mailto:fian@fian-nederland.nl)

[fian@fian.de](mailto:fian@fian.de)

[info@fdcl-berlin.de](mailto:info@fdcl-berlin.de)

[igo@igo.org.pl](mailto:igo@igo.org.pl)